

4. Einstellungen und Handlungslogiken: Das Leben im Viertel

Dem Forschungsvorhaben liegt das Studienziel zu Grunde, anhand einer qualitativen Betrachtung sozial unterprivilegierter Bevölkerungsgruppen Erkenntnisse über ihre Einstellungen zur und Aktivitäten in der modernen Bürgergesellschaft zu erlangen. Geleitet wurde diese Analyse von den zwei oben formulierten Fragestellungen, die an dieser Stelle noch einmal in Erinnerung gerufen werden dürfen:

1. Wie sind die Einstellungen und Kenntnisse der Befragten zur Zivil- und Bürgergesellschaft im Allgemeinen sowie zu ihren modernen Ausprägungen im Besonderen beschaffen?
2. Lassen sich möglicherweise moderne Formen bürgerschaftlicher Aktivität, das heißt informelle und individuelle Aktivitäten und Engagements vorfinden?

4.1 EINSTELLUNGEN: LEBEN/FREIZEIT IM QUARTIER

Der Primärzugang zum zivilgesellschaftlichen Engagement in der „Unterschicht“ erfolgte zunächst auf der Verhaltensebene in Bezug auf Aktivitäten im Alltag. Wie sieht das alltägliche Leben der interviewten Probanden aus? Was sind die vorzufindenden Aktivitäten? Welche „zivilgesellschaftlichen“ Aktivitäten, formelle wie informelle, werden vom Einzelnen verfolgt?

Der Bezug auf das Stadtviertel sollte hier erst in sekundärer Hinsicht erfragt werden, um zunächst möglichst abstrakte und auch neutrale Zu-

gänge zum Thema zu finden. Spontane Assoziationen zum Stadtviertel dienten der Exploration der wichtigsten Bereiche und Areale der Teilnehmer, um sich später auf die von den Befragten selbst als wichtig genannten Gebiete beziehen zu können. Auch konnten so bereits bisherige Berührungspunkte der Teilnehmer mit Zivilgesellschaft, ihre Vorlieben und Interessen ergründet werden. Der Erstzugang erfolgte über Einstellungen zu einem „guten Tag“.

4.1.1 Allgemeine Einstellungen und Wahrnehmungen zu Leben und Freizeit

Auffällig ist ein durchgängiges Bedürfnis nach einer positiven Lebenseinstellung. Wenngleich die Lebensumstände es nicht immer erlauben, so scheint es doch ungemein wichtig, den Anstrengungen des Alltags mit einer überwiegend positiven Grundhaltung zu begegnen. Diese zweckmäßig positive Lebenseinstellung kann auch als Mittel verstanden werden, die teils als lebensfeindlich wahrgenommene Umwelt mit ihren Anforderungen und Belastungen in einem erträglichen Maß für sich anzunehmen. Eine gewisse Externalisierung realer Negativerfahrungen oder Stigmatisierungen spielt hier eine große Rolle.

Insgesamt lässt sich eine sehr genaue Trennung von „Arbeit“ und „Freizeit“ erkennen, die nicht unbedingt mit einem Arbeitsverhältnis zusammenhängt. Freizeit wird vorwiegend außerhalb von Verpflichtungen definiert; auch bei Menschen im Rentenalter gab es diese Unterteilung der Lebenszeit. Hier wird das Zeitbudget offenbar in frei gestaltbare Zeit und einen durch außerpersonelle Zwänge reglementierten Zeitkorridor geteilt. Es kann deshalb davon ausgegangen werden, dass sich die Ausführungen der Teilnehmer zu zivilgesellschaftlichem Engagement zumeist auf Bereiche außerhalb der Arbeitsstelle oder andere (beispielsweise familiäre) Verpflichtungen beziehen.

Vielfach wird die Freizeitgestaltung auch als Gegengewicht zum (Arbeits-)Alltag verstanden. Wenn Freizeit nun mit regelmäßigen Verpflichtungen einhergeht, verliert sie ihren Charakter als „freie Freizeit“.

Formelle, „alte“ Formen mitgliederschaftlicher Art, das heißt Aktivitätsformen mit regelmäßigen Verpflichtungen und Bindungen scheinen bei dieser zweigeteilten Wahrnehmung eher unter den („stressenden“) Bereich der Arbeit zu fallen.

Entsprechend wichtig sind auch Möglichkeiten des Rückzugs und der Herstellung von Privatheit, die häufig Entbindung von obligatorischen Verpflichtungen wie Haushaltsführung, Kindererziehung oder öffentlichen Anforderungen bedeuten. Der Rückzug in das Private deckt ein Grundbedürfnis ab, das aus einem hohen gefühlten Anforderungsdruck resultiert.

Trotzdem: Insofern die Kinder noch zu Hause sind, definiert sich ein „guter Tag“ vor allem über den Nachwuchs. Zugleich bestimmen die auch in dieser Gesellschaftsschicht mitunter zahlreichen Freizeitaktivitäten der Kinder den Tagesablauf und die sozialen Nahbeziehungen der Erwachsenen.

Der Aspekt der Freizeit ist ein zentraler Bestandteil der Zuschreibung zu einem „guten Tag“. Freizeit findet hier aber vielfach im Rahmen der Familie und im direkten Nahbereich statt – jedenfalls in vielen Fällen bevorzugt mit anderen Menschen. Der Spielplatz, die Einkaufspassage und der nahegelegene Park sind die wichtigsten Areale der Freizeitgestaltung, enge Freunde und Verwandte die dazugehörigen Bezugspersonen. Dabei werden insbesondere Aktivitäten, die draußen und gemeinsam stattfinden (beispielsweise das gemeinsame Grillen im Park) genannt.

Sportliche Aktivitäten gehören häufig zur alltäglichen Freizeitgestaltung. Je nach Alter sind hier vor allem Fitnessstudios und Fußball beliebt. Mit zunehmendem Alter gewinnt die Bewegung an der frischen Luft (Wandern, Spaziergehen etc.) in der direkten Umgebung an Interesse. In manchen Wohngegenden ist es aufgrund der direkten Nähe zu einem Naherholungsgebiet (z.B. Leipzig-Grünau: Kulkwitzer See, Kassel-Brückenhof: Naturschutzgebiet Dönche) nicht einmal unbedingt notwendig, das Viertel zu verlassen. Das Wohnquartier kann hier quasi als „Lebensraum für sich“ gesehen werden, so dass es nur wenige zwingende Gründe gibt, das Viertel zu verlassen.

Es gibt unter den Befragten ein ausgeprägtes Bedürfnis nach Kommunikation. Das Mobiltelefon als „Brückenbauer“ und dauerhafter Begleiter ermöglicht die ständige Interaktion mit dem nahen Umfeld, dient dem Austausch und der Koordination im Nahbereich. Zugleich dient das Mobiltelefon als Gradmesser für intakte Bindungen im Nahbereich, vor allem in den großen Familienzusammenhängen bei Personen mit Migrationshintergrund.

„[D]ass jemand nach dir fragt, oder dass du nach einem fragst, das gehört auch dazu irgendwie zum Alltag, das ist irgendwie Alltag geworden, dass jemand dich anruft, du jemanden anrufst, das gehört irgendwie wie Aufstehen und Zähneputzen dazu.“

Auch Online-Kommunikation tritt zunehmend in das Leben der Teilnehmer und kompensiert in Ausnahmefällen auch einen Teil der fehlenden Direktbeziehungen. Soziale Netzwerke wie *Facebook* und *Wer-kennt-wen* werden ebenso wie Online-Dating-Foren und Chats zur digitalen Kommunikation genutzt. Anders als die Vermutung nahe legt, beschränkt sich dieser Trend keineswegs auf die Jugend, sondern betrifft auch ältere Befragte.

Handy und Internet ersetzen vielfach aber auch den Zwang der direkten, persönlichen *Face-to-Face*-Kommunikation. Dies bedeutet auch, dass zwar die Nahbeziehungen zeitlich sehr intensiv, räumlich aber doch sehr distanziert sein können. Auch bieten Spiele im Internet den Befragten neue Möglichkeiten, ihre Freizeit zu verbringen und ein vergleichsweise günstiges Hobby zu betreiben. Eine Frau aus Kassel, die *Facebook* nutzt, sagt dazu:

„Und dann habe ich sämtliche Spiele drinne, Aquarium, Cafe, Farm und alles Mögliche. Und bis ich die dann alle durch habe, das dauert. Da muss man ja ernten und säen und die Tiere versorgen, macht Spaß. Weil in der Realität kann ich das ja nicht machen, also mache ich das online.“

Das Handy wird aber zugleich nicht immer nur als Segen, sondern auch als Fluch wahrgenommen. Es steht auch für Stress, der durch das ständige Erreichbar- und Verfügbarsein ausgelöst wird. „Handy, Botschaften, das hat immer irgendwas mit Stress zu tun.“

Wenngleich sich die moderne IT-Kommunikation nicht auf die jüngeren Befragten beschränkt, bedarf es zum Teil einer altersorientierten Spezifizierung. Vor allem bei Älteren wird das Handy als negativ wahrgenommen; gleichzeitig finden sich hier auch häufiger Tendenzen zur Vereinsamung. Diese bestehen vor allem dann, wenn Kinder das Haus bereits verlassen haben und in den Fällen, in denen es keine anderen Netzwerke gibt, in die die Menschen eingebunden sind. Diese Gefahr erhöht sich zusätzlich, wenn es keinen Lebenspartner mehr gibt: „Ja ja, das muss man ja alles sehen. Da wird man alleine, Witwer, und dann ist sowieso alles anders.“

Generell ist Stress und Hektik eine der am negativsten wahrgenommenen Außeneinflüsse. Ein Bild mit einer größeren Ansammlung von Fahrrädern, eine Feuerwehrrübung, ein Handy lösen Stress aus, der in keinem Fall als produktive Herausforderung, sondern fast immer als unangenehme Bedrohung wahrgenommen wird.

Gleichwohl wurde deutlich, dass die Teilnehmer die Belastungen durch Arbeitssuche – hier insbesondere die Anforderung, stets flexibel auf etwaige Jobangebote reagieren zu können – als erhebliche, beinahe erdrückende Reglementierung des verfügbaren Zeitbudgets wahrnahmen.

4.1.2 Handlungslogiken zu Leben und Freizeit im Alltag

Sofern vorhanden strukturiert sich das Leben in diesem Milieu, insbesondere bei Menschen mit Migrationshintergrund, im Familien- und sehr engen Freundeskreis. Für weitergehende Anbindungen sieht man wegen des hohen Zeitaufwands, mit dem man sich der Familie widmet, häufig keine Kapazitäten. Dies zeigt deutlich auch die Konkurrenz auf, die teilweise zwischen den Netzwerken herrscht. So verwies eine Teilnehmerin darauf, dass der Kontakt zu den Nachbarn auch eine Frage der Eingebundenheit in andere Netzwerke sei:

„Das ist auch so eine Frage, [...] wie ich so eingebunden bin. Ob ich eine große Familie habe, ob ich einen großen Freundeskreis habe oder ob ich letztlich dankbar bin, wenn sich im Haus Kontakte ergeben. Also ich kann das alles haben und trotzdem im Haus Kontakte.“

Dies zeigt sich auch bei migrantischen Netzwerken. Da es gerade bei stabilen Netzwerken kaum zeitlich möglich erscheint, sich noch an anderer Stelle zu engagieren, kommt es nicht automatisch durch Wohnnähe zum Kontakt zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund.

„Das Problem ist, man hat ja so viel mit der eigenen Familie und Freundschaften und dem Freundeskreis zu tun, dass man keine Zeit hat noch für andere.“

Ein Leben im migrantischen Milieu findet vielfach innerhalb der eigenen Community statt, die zugleich auch als Schutzraum und Identifikationspunkt dient. Viele Befragte mit Migrationshintergrund pflegen nur oberflächlichen Kontakt zu anderen Nationalitäten; eine Situation, die sie selbst ob ihres expliziten Wunsches nach mehr kultureller „Vermischung“ häufig verwundert. Als Erklärung wird die mangelnde Zeit angebracht, überhaupt neue Bekanntschaften außerhalb der Familie zu schließen. Gleichzeitig

wird Wert darauf gelegt, dass gerade die eigenen Kinder in Kontakt mit Kindern anderer Nationalitäten stehen:

„Ist das bei euren Kindern auch so? Bei uns war das so, wir [...] auf einer Sitzbank, wir haben uns da alle getroffen, also Deutsche, Italiener, Jugoslawen. [...] Also da war eigentlich alles dabei und wir haben uns auch alle gut verstanden.“

Paradox mag erscheinen, dass oftmals ein Zeitproblem als Ausrede für mangelndes Engagement in Vereinen genannt wird. Paradox erscheint dies deswegen, weil die von uns untersuchte Gruppe durch überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit bzw. Teilzeitbeschäftigungen gekennzeichnet ist. Tagesfreizeit müsste demnach eigentlich ausreichend vorhanden sein. Und doch ist das Zeitproblem eine häufig genannte Exkulpation für Nichtaktivität.

Wo keine Familie vorhanden ist, insbesondere in den alternden, zumeist deutschen Teilen dieses Milieus, kommt es vielfach zur Exklusion aus der Gesellschaft. Der Wegzug der autochthonen deutschen Meinungsführer aus den „Problemvierteln“ lässt vielfach immobile Personen im Viertel zurück. Diesen „Zurückgebliebenen“ fehlt nahezu jede Form eines identifikationsstiftenden Moments, um mit ähnlich „Betroffenen“ in Kontakt zu kommen. Hier scheint häufig auch – besonders nach langer Zeit der Exklusion – die Motivation zur erneuten Integration aus eigener Kraft abhanden gekommen zu sein. Die mangelnde Aktivität wird häufig selbstkritisch durch eigene Bequemlichkeit erklärt:

„Ich muss mich jetzt mal entschuldigen, obwohl die Möglichkeit hier in Grone immer wieder gegeben ist, aus purer Faulheit mache ich es nicht. [...] Ich bin zu faul ein paar Schritte zu gehen.“

Vereine oder Freizeitangebote bieten hier oftmals keinen Ersatz für die fehlende Integration in die Gesellschaft. Zwar bestehen vor Ort häufig Aktivitätsangebote (von Vereinen, Organisationen oder Gemeinschaftszentren), sie werden von den Betroffenen allerdings meist nicht wahrgenommen.

Insbesondere dort, wo gewachsene Nachbarschaften und Freundschaften bestehen, kann das Viertel die Inklusion erleichtern. Die räumliche Nähe ermöglicht hier eine einfachere Organisation von gemeinschaftlichem Leben. Je höher die zu überbrückenden Entfernungen sind, desto seltener finden gemeinschaftliche Aktivitäten statt.

Auch ein gemeinsamer, nicht weit entfernt liegender Treffpunkt (ein Einkaufszentrum, Café, die Moschee oder ein spezieller Platz in der Natur, etwa an einem nahegelegenen See) kann als Substitut für Zusammentreffen in privaten Räumen dienen.

Die Freizeitgestaltung fällt dabei ausnehmend konsumistisch oder passiv aus. Bestehende Angebote werden teilweise wahrgenommen; die Organisation von Zusammenkünften, Initiativen etc. wird aber häufig anderen Menschen überantwortet. Es scheint generell zwar die Bereitschaft zu geben, aktiv zu sein, aber nicht als Initiierende oder Organisatoren.

Als Gründe, nicht eigenständig etwas initiieren oder organisieren zu wollen, werden nicht nur die eigene Bequemlichkeit, sondern auch eine kritische Selbsteinschätzung angeführt. Die Befragten haben selten Erfahrungen mit selbst initiierten Aktivitäten, trauen sich eine *Eigeninitiative* nicht zu, weshalb es oft auch gar nicht in Frage kommt, *in Zukunft* in Aktion zu treten.

4.1.3 Quartiersbezogene Einstellungen und Wahrnehmungen

Um Anknüpfungspunkte für mögliches bürgergesellschaftliches Engagement in dieser Gesellschaftsgruppe zu finden, ist es wichtig, sich die Bewegungsräume und Orte des alltäglichen Lebens (im Viertel) genauer anzusehen. Der zivilgesellschaftliche Raum wird häufig als eine Sphäre außerhalb des Staatlichen, des Wirtschaftlichen und des Privaten definiert. Bezüglich der Orte des zivilgesellschaftlichen Engagements unserer Befragtengruppe ist insofern wichtig zu erörtern, wo die Räume des Privaten aufhören und das Öffentliche beginnt. Im vorliegenden Fall gilt es also herauszufinden, was zu diesen öffentlichen Räumen gehört, die von „der Unterschicht“ aufgesucht und benutzt werden, und wie diese wahrgenommen werden.

Generell wird das Leben im Viertel häufig positiv bewertet. Bei Migranten hebt der Vergleich zum Heimatland des Öfteren den positiven Viertelbezug hervor. Das heißt, dass man ihrer Ansicht nach gerade in infrastruktureller und materieller Hinsicht im Viertel vergleichsweise gut lebt – zumindest besser als einige Verwandte, die im Ausland leben, und auch besser, als man es selbst früher zum Teil im Herkunftsland erlebt hat.

In Leipzig wird dieser Bezug durch den Verweis auf „früher“ gesenkt (das hier überwiegend positiv besetzte „früher“ bezieht sich bei den Teil-

nehmern vorwiegend auf die Zeit vor 1989). Dies betrifft sich vor allem das Lebenswerte im Viertel. Probleme werden besonders in der hohen Arbeitslosigkeit und im Mangel an verfügbaren Arbeitsplätzen in der Nähe gesehen, was mit einer stark wahrgenommenen Perspektivlosigkeit einhergeht. Dies sei früher anders gewesen.

Der Problembereich Arbeit wird häufig außerhalb des Viertels gesehen bzw. findet außerhalb des Viertels statt. Der Lebensraum selbst wird positiv eingeschätzt.

Kritisch erscheint der – oft auch von Migrant*innen angesprochene – hohe Ausländeranteil, der zumeist negativ konnotiert ist.

„Die Sauberkeit [...], die ist ein bisschen komisch, aber ich glaub, das kommt durch den Ausländer. [...] Ich bin ja selber Ausländer, aber ich sage das ganz ehrlich. [...] Die Sauberkeit fehlt mir [...], aber das kommt, weil zu viele Ausländer untereinander wohnen.“

Auf der anderen Seite sind es die gut funktionierenden migrantischen Netzwerke, die das Leben im Viertel innerhalb der jeweiligen Netzwerke deutlich verbessern. Das ist besonders gut zu erkennen, wenn es um gegenseitige Hilfe geht.

Leben und Freizeit finden also hauptsächlich im Quartier statt, wenngleich dies nicht unbedingt mit einer tief verwurzelten Quartierverbundenheit zusammenhängt. Die Freizeitgestaltung beschränkt sich zumeist auf die unmittelbare Umgebung, wodurch das Bedürfnis nach Lokalitäten, an denen sich Freizeit vor Ort gestalten lässt, zum Vorschein tritt.

Mangelnde Mobilität ist auch einer der Gründe für das Verbleiben im Quartier, was zur Folge hat, dass Freizeitangebote nur dann wahrgenommen werden, wenn sie in der Nähe verfügbar sind. Da aber vielfach eine körperliche und materielle Einschränkung der Mobilität mit dem Sozialstatus mithin auch mit der Wahl des Wohnquartiers geradezu zwangsläufig korrespondiert, ist die Verfügbarkeit von Angeboten sogar eine Grundvoraussetzung.

Wo entweder die finanziellen Ressourcen oder die persönliche Motivation für den Kontakt mit anderen Menschen fehlen, wird der Bewegungsradius sehr klein.

Gleichwohl bedeutet das Vorhandensein von Freizeitangeboten – von Vereinen bis hin zu sozialen Einrichtungen vor Ort wie etwa Nachbarschaftszentren – nicht gleichzeitig, dass diese auch aufgesucht und genutzt

werden. Ganz im Gegenteil existiert vielfach eine aus Unkenntnis, aber auch Misstrauen gespeiste innere Abwehr gegen derlei Angebote.

Freizeit findet deshalb oft im kleineren, privaten Rahmen statt, etwa in Form von regelmäßigen Treffen zum Kartenspielen. Das gilt, wie auch die Noch-Mitgliedschaft in Vereinen, vor allem für ältere deutsche Befragte.

„Früher war ich in mehreren Vereinen, aber jetzt bin ich noch im Boxerclub, ich war früher auch im Reitverein, im Turnverein, also überhaupt Sportverein, aber das ist jetzt nicht mehr.“ (Deutsche Bewohnerin Grones im Rentenalter)

Ansonsten werden regelmäßige Vereinsaktivitäten eher selten genutzt.¹

Generell ist eine Fokussierung von Vereinsaktivitäten insbesondere bei Kindern anzutreffen. Auch sind viele Kinder aus dem migrantischen Milieu in Vereinen aktiv. Kontrastierend bleibt die Elterngeneration, vor allem bei Familien mit Migrationshintergrund, hier zumeist außen vor.

„Weil früher, denk ich mal, da hat man anders gedacht. Da hatte man keine Familie, da hatte man keine Kinder, da war man selbst noch ein Kind, da würd' ich alles machen, da würd' ich in jeden Verein gehen [...], egal, irgendwas. Hauptsache Spaß! Aber jetzt muss man daran denken, ich kann nicht einfach nur Spaß haben, ich muss arbeiten, damit ich halt irgendwie meine Kleine ernähren kann.“

4.1.4 Geographischer Radius

Der Alltag der von uns befragten „Unterschicht“ beschränkt sich auf einen sehr engen Radius. Ursächlich sind hierfür verschiedenste, sich häufig verstärkende oder zumindest einander bedingende Faktoren: Zum einen gibt es eine Tendenz zum bewussten Rückzug nicht nur ins Quartier, sondern ins engste eigene Wohnumfeld. Das kann mit Exklusionserfahrungen etwa in Folge des Arbeitsplatzverlustes verbunden sein.

„Da muss ich für mich sagen, momentan bin ich gar nicht engagiert, aber als ich noch im Berufsleben stand, war ich in dem Bereich, für den ich gearbeitet habe, sehr stark engagiert, [...] was auch in meinem Zeugnis hervorgehoben wurde.“

1 In Grünau ist dabei generell eine höhere Vereinsaktivität zu verzeichnen als in Grone-Süd oder den Stadtteilen Kassels.

Zum anderen befinden sich häufig die eigenen sozialen und familiären Netzwerke vor Ort, das heißt im selben Viertel.²

Manche Fortbewegungsmittel können drittens schlicht nicht benutzt werden, da zum Beispiel viele Quartiersbewohner nicht nur keinen Führerschein besitzen, sondern zum Teil das Fahrradfahren nie erlernt haben. (In der kleinstädtischen Universitätsstadt Göttingen, in der das Fahrrad ein dominierendes Verkehrsmittel darstellt, fällt diese Einschränkung besonders auf.)

Und viertens bedeutet finanzielle Beschränkung (durch Arbeitslosigkeit oder nur geringes Einkommen) auch eine ebenso starke geographische Einschränkung, da der öffentliche Nahverkehr oder ein eigenes Kraftfahrzeug oftmals nicht genutzt bzw. besessen werden.

„Also, das ist ja jetzt im Zusammenhang mit dem Hartz IV-Bescheid. Dass das ja jetzt nicht die Welt ist, und im [...] monatlichen Budget 15,70 Euro vorgesehen sind für Fahrten insgesamt im ganzen Monat. Klar, dass das hinten und vorne nicht reicht, dass man über seinen Verhältnissen lebt, wenn man sich so eine Fahrkarte nimmt.“

Umso wichtiger ist daher die Infrastruktur vor Ort, vor allem wenn es um die Nutzung familiärer Netzwerke oder die Überwindung finanzieller Beschränkungen geht. Der Spielplatz oder die Einkaufsmöglichkeiten des Viertels spielen eine übergeordnete Rolle. Hierbei ist allerdings zu beachten, dass die Viertel teilweise mit Möglichkeiten des Konsums, der Freizeitgestaltung und sogar lokalen bürokratischen Außenstellen der Stadtverwaltung ausgestattet sind, so dass die Viertel kaum verlassen werden (müssen). Die Exklusion vom öffentlichen innerstädtischen Leben wird, so die berechtigte Vermutung, durch diese Infrastruktur im Quartier sogar noch zusätzlich verschärft.

4.1.5 Spielplätze, Parks und Einkaufen

Die vermutlich wichtigsten und größten alltäglichen öffentlichen Aufenthaltsorte sind die Spielplätze und Einkaufsgelände des Viertels. Neben die-

2 So auch Grimm et al.: „[...] vor allem gering Verdienende und arme Menschen, die weniger mobil sind, [messen] nach wie vor ihrem Wohnumfeld im Quartier zentrale Bedeutung bei [...]“. Grimm, Gaby et al.: *Quartiermanagement. Eine kommunale Strategie für benachteiligte Wohngebiete*, Berlin 2004, S. 47f.

sen Bereichen spielen die nahegelegenen Parks und öffentlichen Grünanlagen ebenfalls eine wichtige Rolle im Alltag der von uns Befragten und ihren gesellschaftlichen Aktivitäten. Zum Teil ist der nahegelegene Park aufgrund der finanziellen Eingeschränktheit einer der wenigen erreichbaren Orte.

Der öffentliche Raum ist innerhalb der Viertel, wenn vorhanden, vielfach ein Treffpunkt bzw. Berührungspunkt, der Kontaktmöglichkeiten gewährleistet. Da die Besiedlungsstruktur insbesondere in den Plattenbauvierteln viel öffentlichen, aber keinen privaten Grünflächenraum vorsieht, kommt es zwangsläufig zur intensiven Nutzung des öffentlichen Raums.

Beim Grillen kommt man zusammen. Auch Projekte wie der „internationale Garten“, meist aus Mitteln der „Sozialen Stadt“ aufgebaut, bieten öffentliche, informelle Treffpunkte, an denen manche Gruppen (meist mit Migrationshintergrund) regelmäßig zusammenkommen.

„Wir leben sehr zufrieden, nach langer Zeit haben wir überlegt, eine Zusammenverbindungsbrücke zu bauen, damit wir zusammen lernen können. Dann haben wir einen Grillplatz da unten und manchmal aus einer Nation, manchmal auch verschiedene Nationen können wir da hingehen und grillen. [...] Dann haben wir auch noch überlegt, was zu machen ist als Verbindungszentrum, dann sind wir an einen Punkt gekommen, [dass wir] einen Garten brauchen. [Dann] haben wir auch einen internationalen Garten da gebaut, [wo wir] alle Nationalitäten zusammenkriegen, [und] haben einmal im Jahr zusammen gegrillt.“

Zudem scheint ein gewisses Misstrauen und eine Bewegungshemmschwelle gegenüber Orten außerhalb des Viertels zu bestehen: Man „bleibt dort, wo man sich auskennt.“ Demnach werden die öffentlichen Räume des Viertels umso stärker genutzt.

4.1.6 Wahrnehmung von Stadtteil- oder Kulturzentren

Wo im öffentlichen Raum ausreichend Kontaktstellen (z.B. Jugendzentren) vorhanden sind, werden diese zwar nicht übermäßig viel genutzt, deren Fehlen dagegen immer wieder angemahnt. Vor allem das mangelnde, durch öffentliche Stellen bereitgestellte Angebot für Jugendliche wird vielfach als Problem dargestellt.

„Ich fände es schön, wenn für die Jugendlichen hier noch irgendwas gemacht werden würde. [...] Also das wäre [...] ok, dass die irgendwie einen Treffpunkt haben, wo die sagen können: ‚Ok, da können wir abends hingehen, da können wir uns irgendwie auslassen, da können wir unsere Abende verbringen‘. Ich denke, das wäre ein Punkt. [...] Im Sommer merkt man dann halt doch schon, dass hier ganz schön high life ist und hauptsächlich die Spielplätze belegt werden, das Problem haben wir ja dann halt morgens, so mit Flaschen wegräumen. Dass es irgendwas gibt, wo die Jugendlichen sich vielleicht auch abends treffen können. [...] Weiß ja nicht, wie, ob man da irgendwas machen könnte. Also das fänd ich schon gut.“

Sehr selten werden aus eigener Erfahrung Stadtteilzentren, Kultur- oder Jugendzentren als „öffentliche Räume“ erwähnt, zumindest nicht als öffentliche Bewegungsräume. Dies hat unterschiedliche Ursachen: Zum einen existiert in den sozialen Schichten, für die solche Zentren geschaffen wurden, eine hohe Unkenntnis über diese öffentlichen Angebote. Ängste vor dem Unbekannten spielen hier ebenso eine Rolle wie die skeptische Distanz gegenüber sämtlichen öffentlichen Angeboten. Auch möchte man sich vielerorts aufgrund seiner prekären Lage nicht dem vermeintlichen Spott der Öffentlichkeit aussetzen.

„Bei uns werden so wunderschön irgendwelche Gemeindehäuser errichtet und Jobbörsen und so weiter und so fort, aber es kommt bei niemandem an. Also ich weiß nicht, wer sich da drin aufhält. Meine Freunde sind es definitiv nicht.“

Gleichzeitig lässt sich vermuten, dass das Aufsuchen der Stadtteilzentren sowie die Wahrnehmung der jeweiligen Angebote einem Eingeständnis an die eigene soziale Situation gleichkommen würden.

Daneben existiert eine hohe Anzahl an Vorurteilen und Vorbehalten gegenüber derartigen Einrichtungen, sowohl gegenüber öffentlichen Angeboten, die bisweilen das negative Image von Angeboten der Arbeitsagentur in sich bergen, als auch gegen die Träger solcher Einrichtungen.

Zudem existiert eine hohe Diskrepanz zwischen den häufig als gut wahrgenommenen Freizeitangeboten für Frauen (etwa Frauentreff e.V. in Kassel-Brückenhof) und den wenigen Angeboten für Männer. „Für die Frauen wird sehr viel angeboten, aber für die Männer gar nichts. Das meine ich, also den Frauen hier in Grone geht es gut“, so das Urteil eines männlichen Teilnehmers aus Göttingen.

4.2 PROBLEMLAGEN UND HILFSNETZWERKE

Der Zugang zu zivilgesellschaftlichem Engagement in der „Unterschicht“ erfolgte des Weiteren unter Bezugnahme auf Kontaktkreise der Teilnehmer. Wie sieht das Miteinander und alltägliche Zusammenleben aus und wie sollte es idealerweise aussehen? Wie groß (oder wie klein) sind die Kontaktkreise und wer gehört dazu? Über welche Kreise bestehen Möglichkeiten, in zivilgesellschaftliches Engagement zu gelangen? Der Bezug auf das persönliche Umfeld sollte hier auch die Frage klären, in welchen Netzwerken (öffentlich wie privat) sich die Teilnehmer bewegen und wie sie die Kontakte selbst einschätzen. Wie sollte ein Zusammenleben aussehen? Was bedeutet „Miteinander“? Welchen „Radius“ hat „Gemeinschaft“? Wo gibt es „Selbsthilfe“/gegenseitige Hilfe? Auch sollte an diesem Punkt konkret erfragt werden, inwieweit mögliche informelle Strukturen existieren und wo man sich selbst in diesen Strukturen bewegt, konkret etwa, an wen man sich mit Problemen wendet, wer einem Hilfeleistung geben könnte und ob man selbst Hilfe leistet, ob man Verantwortung in seinem näheren Bereich oder in größeren Zirkeln übernimmt. Kurz: Wie sehen „informelle“ Netzwerke aus? Und wo liegen hier mögliche Grenzen, etwa durch Kommunikationshindernisse oder ganz allgemein zwischenmenschliche Barrieren?

4.2.1 Kontaktkreise

Wo sie vor Ort vorhanden ist, spielt die Familie auch in diesem Zusammenhang eine große Rolle; sie ist für viele Befragte als Ort des Rückzugs und der Sicherheit unverzichtbar.

„Ja, das sind Familien, das ist Zusammengehörigkeit, das ist das, was hier unten sehr stark ist. Wir haben sehr viele Familien, Großfamilien hier.“

Allerdings sieht man hier oftmals einen sehr großen Unterschied zwischen Familien mit Migrationshintergrund, in denen die Stellung, der Zusammenhalt, aber auch die Größe und die lokale Verfügbarkeit einen intensiven Kontakt ermöglichen, und Bürgern ohne Migrationshintergrund, deren Familien häufig nicht (mehr) im Nahbereich wohnen, und die gleichsam alleingelassen, mit geringen sozialen Netzwerken im Viertel leben.

Zu Letzteren zählen überwiegend die deutschen, einsamen Alten und Zugezogenen, die entweder den Großteil der Familie durch Abwanderung verloren oder, häufig aus finanziellen Gründen, nur in diesem Viertel Wohnraum gefunden haben.

„Ja, und bei mir ist wieder das Bild der Einsamkeit, dass da einer auf der Couch liegt, dem man vielleicht hätte helfen können, eben durch Freunde, Nachbarschaft oder irgendwas. [...] Weil der so alles Mögliche auf sich liegen hat, das würde vielleicht nicht passieren, wenn er Freunde oder irgendwas hätte.“

Neben dem engsten Familienkreis spielen aber auch freundschaftliche Kontakte eine wichtige Rolle für das Zusammenleben in den Quartieren. Dabei ist eine Tendenz zu einem eher kleinen, aber umso gefestigteren Freundeskreis zu erkennen, der sich oftmals mit verwandtschaftlichen Beziehungen überschneidet.

Eine wichtige Rolle spielen allgemein – wie in fast allen Lebensbereichen – Kinder, die zum Zusammenleben und zur Interaktion vor allem im öffentlichen Raum animieren. Somit verkörpern Kinder wichtige potentielle Kontaktstellen, da diese zum großen Teil den Tag strukturieren.

„Ich bin ganz oft mit Freundinnen mit Kindern unterwegs, auch einkaufen, spazieren gehen.“

„Je älter man wird, je schwieriger ist es, Kontakt zu finden. Anders ist es, wenn Kinder dabei sind, dann gibt es schon gleiche Interessen, die ausgetauscht werden.“

Ähnliche Situationen scheinen eben auch Anknüpfungspunkte zu bilden bzw. Gründe zu bieten, miteinander in Kontakt zu treten. Dies wurde besonders in Leipzig deutlich, als Teilnehmerinnen über die Zeit sprachen, als sie nach Grünau zogen:

„Als ich einzog 1979 in Grünau, da waren wir zehn Partner, Fünfgeschosser. [...] Für die zwanzig Erwachsenen und die zwanzig Kinder, also das ist schon ein bisschen eng. Aber die Leute hatten sich schon aneinander gewöhnt, es ging relativ gut. Mein Junge ging mit drei anderen aus dem Haus in eine Klasse. Und jetzt haben wir noch zwei Kinder im Haus. [...] Es ist schon ruhiger geworden und (es gibt) weniger

Probleme, aber es kommen nicht mehr die Probleme mit den vielen Kindern wie damals. [...] Sonst sind wir zufrieden mit der Wohnung und dem Klima im Haus.“

Der Kontakt über das Internet nimmt eine zunehmend wichtige Stellung im Leben vieler Befragter ein. Manch Alleinlebender mit Familie, der außerhalb des Viertels lebt, hält den Kontakt auch durch digitale Netzwerke aufrecht. Die Kommunikation vom PC aus ermöglicht den Personen mitunter eine Kompensierung ihrer Immobilität und ihrer materiellen Ressourcen.

Neben diesen real existenten, relativ überschaubaren Kontaktkreisen, die selten über das Viertel hinausgehen, gibt es immer wieder auch die dominierende idealisierte Vorstellung der Familie als wichtigster Bezugspunkt.

Auch ein Arbeitsplatz wird als wichtige Voraussetzung für soziale Netzwerke angesehen. Erst aus einer festen Arbeitsstelle ergibt sich die Möglichkeit, langfristig zu planen. Diese Sicherheit haben viele der Befragten lange nicht mehr erfahren, da sie sich schon längst in der Abwärtsspirale aus schlechter Schulbildung, keiner oder einer abgebrochenen Ausbildung und prekären Arbeitsverhältnissen befinden. Zum Teil beziehen sie nicht erst seit kurzem Transferleistungen. Darüber hinaus sind der Kontakt zu Kollegen und die Selbstbestätigung, die man durch eine Arbeitsstelle erhält, ein wichtiger sozialer und psychologischer Faktor.

Weiterhin besteht bei vielen auch der Wunsch, den Kontakt zu ihren Nachbarn im Viertel auszubauen. Als Beispiel dafür, wie sich dies bewerkstelligen ließe, werden immer wieder von außen organisierte Formen der Zusammenkunft thematisiert, etwa in Form von Straßen- oder Hausfesten.

Vielfach wird der Wunsch geäußert, die anonyme Wohnkultur in den Plattenbauten aufzubrechen, um stärkeren Kontakt zu den Nachbarn aufzunehmen, die man in den meisten Fällen nur von den kurzen Begegnungen im Hausflur kennt. Nicht selten sind die bisherigen Erfahrungen mit der Nachbarschaft negativ, was in einigen Fällen durch kulturelle Differenzen zu erklären versucht wird:

„Ganz profan [gesagt]: Da sind einfach so viele Nationalitäten und – ich sag einfach mal als Deutscher – sie haben sich da auch einzufügen und nicht umgekehrt ich.“

„Ich suche sogar den Kontakt [zu ihnen], aber es muss von der anderen Seite auch kommen.“

Wichtig für das Entstehen und die Aufrechterhaltung der Kontaktkreise ist eine gewisse Konstanz in der Wohnsituation. Eine intensive Fluktuation von Nachbarn (etwa von vielen Studenten im Kasseler Wesertor, die oft nur wenige Semester vor Ort bleiben) scheint sich hier ganz besonders nachteilig auszuwirken. Es entsteht so der Eindruck, dass sich die ersten Anstrengungen zur Kontaktetablierung gar nicht erst lohnen, weil man nicht weiß, wie lange der Nachbar noch vor Ort bleibt.

„Da sind auch viele Studenten, [...] die ziehen dann lieber woanders hin. Und darin sehe ich halt ein Problem, so dass irgendwann mal nur das Schwache da ist und ich denk mal, [...] das muss ja alles gemischt sein. Alles gehört ja zum Leben dazu, also das Chaos sowie halt die Reinheit. Und diese Trennung finde ich schon eine große Schwierigkeit.“

Der wichtigste Kontaktkreis in vielen migrantischen Zusammenhängen bewegt sich häufig um die eigenen Herkunftsgesellschaften. Hier bestehen häufig gut funktionierende Netzwerke, die über das übliche Maß der Nachbarschaft hinausgehen. Dies geht so weit, dass sich die Community an ein Viertel quasi anlagert und schon eine geringe Entfernung zum „Hauptviertel“ als Trennung wahrgenommen wird, die es zu überwinden gilt. Das Viertel dient als sozialer Nahraum, der die Möglichkeiten gegenseitiger Hilfe, des Engagements innerhalb der Gemeinschaft erweitert und nicht limitiert. Allerdings wird diese Form der Hilfe kaum als „Engagement“ wahrgenommen, auch kaum nach außen kommuniziert, da der Zusammenhalt, häufig durch familiäre Bande verstärkt, als selbstverständlich gilt.

„Ich helfe zum Beispiel, ob es Familie ist oder Nachbarn oder Freunde und auch viel hier in Grone zum Beispiel bei Behördengängen, Arztgängen [oder] zum Übersetzen. Ich fülle alle Papiere aus und telefoniere mal hin und her. [...] Meistens [geht es] ums Übersetzen oder ums Fahren, wenn die kein Auto haben, oder Kinderaufpassen.“

Vor allem der Wegzug der Ursprungsbevölkerung, die bei der Erstellung der Neubaugebiete noch kontaktfreudiger gewesen waren (besonders stark in Leipzig-Grünau, wo sich eine regelrechte Quartieridentität gebildet zu haben schien), und der ständige Zuzug neuer Bewohner erschweren die

Kontaktknüpfung über die Begegnung auf dem Hausflur hinaus. Zudem verschärft es die soziale Lage im Viertel.

Bei denjenigen, die im Viertel zurückbleiben, während Teile der Familie wegziehen, besteht die bereits erwähnte Gefahr der Vereinsamung. Dies betrifft vor allem ältere, alleinstehende Deutsche. Vielfach waren hier typische Aufstiegsbiographien der Kinder ursächlich, während die Älteren zurückblieben. Altentreffs scheint es in diesen Vierteln nicht zu geben, und mit abnehmender Mobilität verstärkt sich die Isolation.

4.2.2 Hilfestellung und Hilfeleistung

Durch Fragen nach persönlichen Erfahrungen mit Hilfestellungen in Problemlagen sollte weiteres Licht auf die sozialen Kontaktkreise und informellen Hilfsnetzwerke der Befragten geworfen werden. Wie weit gehen eigene Hilfestellungen und wie werden diese eingeordnet? Zudem galt es an dieser Stelle, der abstrakten Frage nach dem Ausmaß der möglichen Wirkungs- und Engagementkreise der Untersuchungsgruppe nachzugehen: Das Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber den Mitmenschen könnte als Voraussetzung für weiteres Engagement dienen. In welchen Bereichen wird also Hilfe geleistet oder erwartet und inwieweit sehen sich die Befragten hier in einer Verantwortung für ihr eigenes Umfeld?

Den wichtigsten Rahmen der Hilfestellung bieten nachbarschaftliche Hilfen, die, bedingt durch die Nähe, relativ universell in Anspruch genommen und auch geleistet werden (beispielsweise Blumen gießen, Schlüsseldienste, Einkäufe tragen, Pakete annehmen, „nach dem Rechten schauen“, kleine technische Hilfen etc.).

„Das junge Ehepaar, das aus Kroatien kommt, [...] als die eingezogen sind, hatten die noch keinen Strom. Da hab ich gesagt: ‚Komm, ist doch kein Thema!‘ Kabeltrommel hin: ‚Damit ihr schon mal ein paar Schränke hinhängen könnt!‘ Dann sind wir halt ins Gespräch gekommen. Und jetzt sitzen wir abends, im Sommer sitzen wir abends draußen zusammen oder man trifft sich mal in der Wohnung, spielt Karten miteinander. Er ist ein sehr guter Musiker, er macht sehr gut kroatische Musik, dann kommt die ganze Familie noch mit dazu, und dann sitzt man halt zusammen und isst zusammen, trinkt zusammen, unterhält sich. Und wenn irgendwas ist im Haus, was gemacht werden muss, hilft man sich!“

Eine gute Nachbarschaft zeichnet sich neben kleineren Hilfestellungen auch dadurch aus, dass man nicht miteinander in Streit gerät und die Ruhe im Haus wahrt.

„Das ist eine gute Nachbarschaft, alle sind hilfsbereit und machen keinen Stress und sowas, schreien nicht die ganze Nacht herum, das ist eine gute Nachbarschaft, so stell ich mir das vor.“

Real reduzieren sich der Begriff des Miteinanders und somit auch die möglichen Hilfsnetzwerke oftmals auf eine Minimaldefinition, auf ein zum Teil nur brüchig bestehendes Unterstützungsnetzwerk für den Notfall.

„Wir wären ja füreinander da, wenn was ist, aber gleichzeitig ist es auch so, dass jeder für sich trotzdem lebt.“

„Ja. Man hat das Gefühl, wenn man wirklich Hilfe bräuchte und man würde jemanden ansprechen, dass man die dann auch bekäme, [...] wenn wirklich ein ernsthaftes Problem ist. Ja.“

Gleichwohl: Gelegentlich zeigt sich erst nach mehrfachem Nachfragen, dass die Formen der Hilfestellungen zum Teil deutlich über das durchschnittliche Maß der nachbarschaftlichen Hilfeleistung hinausgehen können.

Hier scheint eine – bereits in anderen Feldern konstatierte – klare Trennung in öffentliche Sphären auf der einen (Nachbarschaft) und private auf der anderen Seite (Familie) zu bestehen, weshalb einige Hilfestellungen, die zum Engagement hinzugezählt werden können, nur innerhalb schwer einsehbarer familiärer Netzwerke aufzufinden sind.

Deutlich anders verhält es sich wiederum in puncto Hilfestellung und -leistung in den ostdeutschen Untersuchungsgruppen, wo die klare Unterscheidung in „früher“ und „heute“ die Bandbreite der Hilfestellung relativiert, auch wenn sich die Hilfestellungen nicht sonderlich zu heute unterscheiden.

„Naja, mit den Nachbarn, wie gesagt, da hatten wir früher eben schöne Hausfeste. Da wurde eben auch mal ein runder Geburtstag gefeiert und auch Weihnachten oder etwas. [...] Da hat jeder dem Anderen mitgeholfen. Und ich hatte nun keinen Vater,

da eben die Männer auch ein bisschen mitgeholfen haben, gerade mit dem Bohren, das war immer furchtbar. Naja, und da war man gleich meistens beim per Du, und da wir Kinder auch gut erzogen waren, war man natürlich auch gut angesehen. Denn da war eben Ostern immer mal heimlich was vor der Türe, wenn man früh aufmachte, auch Weihnachten so kleine Beutelchen, das gab's eben damals auch. Und dann hat man mal den Geburtstag unten in dem Trockenraum gefeiert, meisten immer ein bisschen zu viel getrunken, aber es war lustig. Da kannte man eben auch so die Sorgen und Probleme von den Nachbarn und hat sich gegenseitig geholfen. Naja, und dann waren die Sorgen schon halb weg, man wusste, da ist jemand, der kann helfen – ach, war herrlich.“

„[Früher] steckte noch ein bisschen, ich muss es immer wieder erwähnen, ein bisschen DDR drinne. Also da war [...] mehr Zusammenhalt untereinander unter den Bewohnern.“

„Das Einzige wäre eben mit den Nachbarn, das ist nicht mehr so wie früher. [...] Das ist eben alles nicht mehr. Man sagt heute nur noch Guten Tag, Auf Wiedersehen.“

Immer wieder wird die DDR herangezogen, um zu verdeutlichen, wie es besser gemacht werden könnte. Doch auch hier gibt es nur selten ein Bewusstsein für die eigene Rolle in diesem Prozess.

4.2.3 Ansprechpartner in Problemlagen

Der zentrale Problemgedanke umfasst die eigene Arbeitssituation. Wer nicht aktuell von Arbeitslosigkeit bedroht ist, ist sich trotzdem zumeist der Unsicherheit des eigenen Arbeitsplatzes bewusst. Dem zuständigen Ansprechpartner, der Agentur für Arbeit, wird vielfach misstraut.

Vor allem Personen mit Migrationshintergrund vermeiden als Erstkontakt öffentliche Anlaufstellen und stützen sich bei der Arbeitssuche eher auf das eigene familiäre, migrantische Netzwerk. Dies erschließt sich unter anderem aus den Antworten auf die Frage, an wen sich die Teilnehmer bei der Jobsuche wenden:

„Ja, erst mal an Familie, Bekannte.“

„Heutzutage geht viel über Beziehungen, weil ohne das ist es schon schlecht.“

„Ansonsten wenn da keiner weiterhilft, dann natürlich Arbeitsamt oder Stadt Göttingen oder wie auch immer.“

Zunächst verspricht man sich von diesen Gesprächen allerdings keine praktische Hilfe, sondern ein emotionales „Aufgefangenwerden“. Der erste Schock, etwa nach dem Verlust der Arbeitsstelle, wird von den engsten Netzwerken, von Familie und engsten Freunden aufgefangen.

„Also erst mal muss man sich ja irgendwo ausheulen und die Sorgen loswerden und dann reden.“

„Es geht nicht darum, dass man einem hilft, sondern [...] dass man sich ausspricht, die Sorgen los wird und wenn dann noch Tipps kommen und Hilfe, dann ist das ja sogar noch besser.“

Hier werden neben den genannten Faktoren vor allem der Umgang mit Migranten seitens der öffentlichen Anlaufstellen, die politischen Rahmenbedingungen und deren Umsetzungen als Ursache der unbefriedigenden Situation genannt. Denn vielfach erzeugt es eine hohe Frustration, dass teilweise hochwertige Bildungsabschlüsse aus den Herkunftsländern nicht anerkannt werden und die Arbeitsvermittlung Migranten immer wieder in Beschäftigungsverhältnisse bringt, in denen sie ihre eigenen höheren Qualifikationen gar nicht zum Ausdruck bringen können. Auf die Frage nach der beruflichen Tätigkeit ihres Mannes antwortet eine Frau:

„Teilzeit, im Restaurant. [...] Aber er hat hier studiert, [es] auch fertig gemacht. Ja! Fertig gemacht! [Aber] wissen Sie, mein Mann [hat hier] nicht viele Chancen.“

An diesem Punkt wird deutlich, dass zum Teil Potential für bürgerschaftliches Engagement aufs Spiel gesetzt, indem Migranten mit hohen Bildungsabschlüssen, die als ‚opinion leader‘ fungieren, sich aufgrund der hohen alltäglichen Frustration zurückziehen.

Zudem werden die öffentlichen Anlaufstellen heftig kritisiert, vor allem weil sie angeblich ihrer Vermittlungsaufgabe nicht sinnvoll nachgingen. Insbesondere ist auffällig, dass die jungen Diskussionsteilnehmer durch ihre augenscheinlich perspektivlose Lage frustriert sind und sich in der Konsequenz häufig stark zurückziehen, obwohl sie arbeiten wollen.

„Das kann doch nicht sein, dass du Mitte Dreißig keine Arbeit kriegst, ist ja nicht so, dass man nicht arbeiten will. [...] Heute ist es auch so, entweder du hast Kinder oder du gehst arbeiten.“

„Finde mal einen Chef, der dich einstellt mit zwei Kindern.“

„Das Arbeitsamt kann man ja in dem Sinne vergessen, die machen ja auch bloß nichts. Also Hilfe kannst du da nicht erwarten.“

„Ja, und Arbeit bekommt man ja eigentlich auch nicht beim Arbeitsamt.“

Angesichts dieser Erfahrungen wird versucht, privat und individualistisch auf Jobsuche zu gehen.

„Also im Prinzip die Nachbarschaft, weil die einem am Nächsten ist, logischerweise. Oder Familienangehörige.“

„Jeder selbst eigentlich vor allem, da fällt mir von Michael Jackson das Lied ‚Man in the Mirror‘ ein. Also erst mal selbst in den Spiegel gucken und selber auch was tun.“

4.3 GEMEINSCHAFT UND GEMEINSINN

Hintergrund für die Untersuchung des „Gemeinsinns“ und der Wahrnehmung von „Gemeinschaft“ der Befragten bildet die Annahme, dass Sozialkapital die moderne Bürgergesellschaft beeinflusst. Sozialkapital³ – ein für die aktuelle Zivil- und Bürgergesellschaftsdebatte vielleicht maßgeblicher, von Robert Putnam geprägter Begriff⁴ ist in den letzten zwei Dekaden in-

3 Zu verschiedenen Definitionsvarianten des Begriffs Sozialkapital vgl. Franzen, Axel; Freitag, Markus: Aktuelle Themen und Diskussionen der Sozialkapitalforschung, in: Dies. (Hrsg.): *Sozialkapital. Grundlagen und Anwendungen*, Wiesbaden 2007, S. 7-22, hier S. 10.

4 Vgl. Putnam, Robert D.: *Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy*, Princeton 1993; der Begriff des „sozialen Kapitals“ ist hingegen auf die Arbeit des Soziologen Pierre Bourdieu zurückzuführen. Vgl. Bourdieu, Pierre:

tensiv diskutiert worden. Er beinhaltet die Vorstellung eines besonderen „sozialen Kitt[s]“, der sich sowohl in ökonomischer wie auch demokratischer Hinsicht positiv auf die Gesellschaft auswirken kann. Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zur Zukunft bürgerschaftlichen Engagements weist dementsprechend auf die Bedeutung des Gemeinsinns, auf das Gemeinwesen sowie das Gemeinwohl hin:

„Alle Formen des Engagements haben im Alltag Bedeutung für den Zusammenhalt im Gemeinwesen. [...] Aktive und kompetente Bürgerinnen und Bürger zeichnen sich darüber hinaus durch Gemeinsinn und damit die Bereitschaft aus, freiwillig Beiträge zum Gemeinwohl zu leisten.“⁵

In dieser Studie wurde versucht, die Tragweite der sozialen Kontaktkreise der Untersuchungsgruppe einzuordnen und festzustellen, worauf sich die Vorstellungen von Gemeinschaft bei den Befragten beziehen. Inwieweit gibt es ein über das familiäre Umfeld hinausragendes Verständnis im Sinne von Gemeinschaft und Gemeinsinn? Gibt es hier ein Zugehörigkeitsgefühl zu einer bestimmten Gemeinschaft, und wenn ja, was leitet sich daraus ab? Wer gehört hierzu – und wer nicht? Und für welche sozialen Kontaktkreise erachtet man sich selbst als „verantwortlich“? Von wem empfängt man Hilfestellungen in Problemlagen – und wem würde man selbst helfen? Beim Begriff der Gemeinschaft soll wiederum die soziale Umwelt beleuchtet werden, in der die Befragten sich bewegen. Auf diese Weise könnte die Basis für mögliches Engagement im Viertel aufgezeigt werden.

4.3.1 Gemeinschaftsgefühl und Gemeinschaftssinn

Zunächst gibt es sehr unterschiedliche Vorstellungen davon, was Gemeinschaft im Viertel bedeuten könnte. Mal wird dies auf den Freizeitaspekt in

Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt a.M. 2008.

- 5 Deutscher Bundestag: *Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“*. *Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft*, 14. Wahlperiode, Drucksache 14/8900, 03.06.2002, S. 4, 24, online verfügbar unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/14/089/1408900.pdf> (zuletzt eingesehen am: 14.06.2010).

Zusammenhang mit guten Freunden reduziert, mal auf eine Norm des Zusammenlebens ausgedehnt. Interessant erscheint hier eine Vorstellung von Gemeinschaft, die weit über ein Gefühl hinausgeht, sondern auch normierende Vorstellungen mittransportiert.

„Eine Gemeinschaft ist, wenn sie alle an einem Strick ziehen, alle Gemeinschaftsinteressen haben, zusammen Interessen haben. Und das ist bei so vielen Menschen gar nicht unter einen Hut zu bringen.“

Beim Begriff der Gemeinschaft werden wiederum die Größenverhältnisse deutlich, in denen die Befragten sich bewegen. Ähnlich den eigenen Kontaktkreisen sind die räumlichen Dimensionen, in denen Gemeinschaft vorstellbar ist, eher klein. Die Gemeinschaftsvorstellungen beziehen sich häufig auf den Nahbereich, das heißt das Wohnhaus, den Verein, die Nachbarschaft usw. Selten weitet sie sich auf den gesamten „Großraum“ des Viertels aus.

„Dafür ist es eigentlich zu groß hier. 5000 Menschen kann man nicht in eine Gemeinschaft reinziehen, das ist ein Unding.“

Auf der anderen Seite gibt es ein unterschwellig existierendes Zugehörigkeitsgefühl zum Viertel, selbst in Leipzig-Grünau, dessen räumliche Dimension schwer mit den anderen untersuchten Vierteln vergleichbar ist. Vor allem dort, wo die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Viertel als Stigma gilt, gibt es eine Art Trotzreaktion, sich dem Viertel zugehörig zu fühlen, was allerdings nicht mit einem Gemeinschaftsgefühl zu verwechseln ist. Der Wunsch, seine Lebensumgebung nicht bloß als „Lebensraum“, sondern tatsächlich als Heimat zu betrachten, ist mithin bei vielen Befragten zu beobachten. Diese Tendenz scheint mit der Dauer des Wohnaufenthaltes im Viertel zu steigen, da damit auch die Identifikation zunimmt. Dies ist nicht unbedingt gleichbedeutend mit der positiven Wertung der Gemeinschaft im Viertel, wohl aber mit der gemeinsamen Herkunft.

„Ich denke man fühlt sich schon ein bisschen als Gemeinschaft in Grünau. Ich bin Grünauer, so. Das ist irgendwie so eine Gemeinschaft. Aber da kenne ich jetzt nicht den Grünauer A und den Grünauer Z. Aber ich, wir kommen aus Grünau.“

Grundsätzlich besteht aber der deutliche Wunsch nach einer starken Gemeinschaft, nach einem Gemeinschaftsgefühl, auch wenn nur selten ein solches explizit konstatiert wird. Sinnbildlich hierfür ist immer wieder die teils romantisierte Dorfgemeinschaft.

„Ich bin auf dem Dorf aufgewachsen. [...] Das kann man nicht vergleichen mit hier. Das kann man wirklich überhaupt nicht. [...] Die Freunde, mit denen ich dort aufgewachsen bin, die kann ich nicht vergleichen mit den Freunden, die ich hier habe. Die ich hier habe, ok, ich habe sehr gute Freunde hier oder Familie. Aber die Freunde, die ich [damals] hatte, [...] das war ganz, ganz anders als hier.“

Trotzdem wird der Zusammenhalt im Viertel vielfach negativ bewertet: Es gäbe keine Gemeinschaft in den Vierteln, außer in den vielen sehr kleinen Grüppchen. Man fühlt sich für niemanden außerhalb der Familie oder Community verantwortlich, was dem Zusammenhalt im Stadtviertel schadet.

„Ich glaube nicht, dass man da wirklich so einen Zusammenhalt hat. [...] Weil jeder macht hier so sein eigenes Ding.“

Viele Befragte scheinen unter dem „idealen Zusammenleben“ zunächst einmal ihr eigenes privates Glück zu verstehen. Aus der Summe des individuell erfahrenen Glücks soll ihrer Ansicht nach ein harmonisches Zusammenleben entstehen.

In seltenen Einzelfällen besteht das Interesse nicht allein an einem „Mehr“ an Gemeinschaft im Viertel, sondern auch an Vorstellungen, wie dieses erreicht werden könnte.

Zum Teil erscheinen Einrichtungen wie Nachbarschafts- oder Stadtteilzentren in den Augen einiger Gesprächspartner in der Lage, eine vermittelnde Funktion zu erfüllen, die zu mehr Gemeinschaft führen kann.

„Das Nachbarschaftszentrum ist ja extra dafür da. Also hier kommen Frauen von allen Nationen sozusagen her und treffen sich.“

Arbeitslosigkeit sowie der Bezug von Hartz IV bleibt für einen Großteil der Befragten das beherrschende Thema. Die empfundene Ungerechtigkeit des Systems sowie die fehlende Hoffnung, aus diesem Teufelskreis auszubrechen, sind dabei noch nicht einmal zwingend an die eigene Erwerbsbiogra-

phie gebunden. Aus den Aussagen zum Thema Arbeitslosigkeit erwächst unterschwellig ein bedeutsamer Befund. So scheint ein allerdings eher fatalistisches Zusammengehörigkeitsgefühl im Quartier vorhanden zu sein. Man sieht sich als Teil einer Gruppe der Gesellschaft an, deren Los es ist, ständig vor der Bedrohung von Arbeitslosigkeit und Sozialtransfer zu stehen. Für diese Gruppe ist der Begriff des „abgehängt sein“ nicht nur eine soziologische Kategorie, sondern eine treffende Beschreibung ihrer Lebensumstände. Insofern ist zumindest das Gefühl der materiellen Bedrohung, die ständige Furcht vor dem Abrutschen in die Armut und das Gefühl, dass der Rest der Gesellschaft sie im Stich gelassen hat, mitunter ein gemeinsamer Nenner, unter dem sich die Personen eines solchen Problemviertels zum Teil auch als Gemeinschaft sehen.

4.3.2 Exkurs: „Das war früher anders.“ – Spezifische Befunde für die alten und neuen Bundesländer

In den Vierteln der alten Bundesländer wird das Thema der Gemeinschaft besonders schnell auf die verschiedenen ethnischen Communities umgelegt. Diese Segregation scheint für alle Anwesenden virulent zu sein. Allerdings besteht häufig der Wunsch, ethnische Grenzen zu überschreiten. Dies scheint Teil der idealisierten Gemeinschaft zu sein. Doch kaum jemand ist hier aktiv geworden. Angesprochen zu werden, scheint für die meisten die erste Barriere zu beseitigen.

„Wie ihr es ja schon vorher gesagt habt, weil Araber alleine, Türken alleine, Russen alleine, Deutsche alleine, so ist es meistens also.“

„Das möchte ich nicht sagen, ich würde auch mit anderen Nationalitäten Kaffee trinken gehen, ich komme nur nicht in diese Verlegenheit. Weil wo ich wohne, sind nur Deutsche.“

Ganz anders wird das in Leipzig-Grünau begründet, dem Fallbeispiel für die neuen Bundesländer. Hier wird die funktionierende Gemeinschaft an einem Bild von „früher“, das heißt stets vor 1989 gespiegelt; ein Bild, an dem sich für die Befragten offenbar belegen lässt, dass sich das Zusammenleben negativ verändert hat. Besonders in Grünau zeigte sich die Wahrnehmung, dass mit den Jahren eine Gemeinschaft entstand, da man über

einen längeren Zeitraum hinweg gemeinsam in einem Haus wohnte. Hier scheint – wie bei den meisten Integrationsprozessen – der Faktor Zeit eine wichtige Rolle zu spielen.

„Ich würde sagen, dass man sich untereinander versteht im Haus, dass man miteinander reden kann, mit dem einen mehr, mit dem anderen weniger. Dass man Hilfe bekommt, wenn man Hilfe braucht, dass man anderen Leuten Hilfe gewährt, wenn andere Leute Hilfe brauchen. Das hat sich in den dreißig Jahren in dem Haus, wo ich wohne, auch so herausgebildet, dass einer, wenn er in den Urlaub fährt, [...] dem anderen Nachbarn den Schlüssel gibt, und das funktioniert.“

Selbst bei den in den 1980er Jahren geborenen Befragten, bei denen davon auszugehen ist, dass die persönlichen Erfahrungen mit dem alltäglichen Leben in der DDR nur vage sein können, lässt sich eine idealisierte oder romantisierte Vorstellung der vergangenen Gemeinschaft als Kontrastfolie vorfinden.⁶ Interessanterweise scheint hier ein tradiertes gemeinsames Gedächtnis bis in die Gegenwart zu reichen. Ein Teilnehmer, der zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung erst dreizehn Jahre alt war, „erinnert“ sich:

„Na, da hatte jeder Arbeit. Du hast gelernt, du bist übernommen worden und da warst du bis zur Rente, so war das.“

Die Vorstellung einer DDR, in der es scheinbar solidarischer und menschlicher zugeht, wird vor allem mit dem Verweis auf die stabile Arbeitssituation vor 1989 verknüpft.

„Das war schon eine große Sorge weniger.“

„Das belastet einen [heute] total. Wenn du immer in die Zeitung guckst – da ist nichts. Dann guckst du im Internet – da ist auch nichts.“

Nur selten finden sich neutrale, erklärende Einordnungen der Unterschiede zwischen früher und heute, die durchaus auch die Zwangssituation in der DDR und die daraus resultierende Solidarität berücksichtigen.

6 Vgl. hierzu Fulbrook, Mary: *Ein ganz normales Leben. Alltag und Gesellschaft in der DDR*, Darmstadt 2008.

„Früher waren sie noch drauf angewiesen, der konnte das besser, der das, der das. Heute ist jeder Superegoist.“

Während in bundesrepublikanischen Vierteln die verhinderte Gemeinschaftsbildung mal mit der Größe des Quartiers, mal mit der ethnischen Durchmischung begründet wird, dominiert in Grünau der Verweis auf eine „früher“ besser funktionierende Gemeinschaft.

„[Gemeinschaft wäre für mich], dass man auch mal zum Nachbarn reingehen kann, mal eine Tasse Kaffee trinkt und mal ein bisschen über Probleme redet, vielleicht über Ämter oder so, dass man da mal vielleicht helfen kann oder dass die einem mal helfen. [...] Das gibt es leider nicht mehr.“

4.3.3 Warum die Gemeinschaft fehlt

Grundsätzlich scheint es eine Vielzahl externer Gründe für das Fehlen einer Gemeinschaft zu geben, die außerhalb des eigenen Handelns stehen. Das bedeutet, dass man sich selbst nicht die Schuld am Mangel an Gemeinschaft gibt.

„Ich glaube nicht, dass man da wirklich so einen Zusammenhalt hat. [...] Weil jeder macht hier so sein eigenes Ding.“

Eine Rolle spielt hier nicht zuletzt die Wahrnehmung von Anonymisierungstendenzen in den Vierteln. Als Grund für das zumeist recht anonyme Zusammenleben wird zum einen oft eine sprachliche Barriere angeführt.⁷ Zum anderen schaffen die dunklen Flure, die vielerorts heruntergekommenen Treppenhäuser und die engen Fahrstühle kaum einen Ort, der zu einer Konversation einlädt, so dass man sich besser kennenlernen könnte. Die Gefahr, in Vereinsamung und Isolation abzurutschen ist also in der Wahrnehmung der Leute allgegenwärtig; mahnende Beispiele sind praktisch jedem bekannt. Besonders Personen, die seit langer Zeit von Arbeitslosigkeit

7 „Also manche denken dann eben, sie sind die Größten und müssen dann das Leben so fortführen, wie sie es zu Hause gemacht haben, aber dann verstecken sie sich eben dahinter, dass sie die Sprache nicht können.“

betroffen sind und in der Folge immer weniger Kontakte zu ihren Mitmenschen haben, sehen sich mit dieser Gefahr konfrontiert.

Das Problem wird durch die große Anzahl von Mietparteien erschwert.

„Ja. Ich schließ mich den Ausreden meines Vorredners an. [...] Ja, aber ist doch wirklich so, wenn man in einem großen Mietshaus wohnt, wo sagen wir mal sechzehn oder zwanzig Parteien drin wohnen, da ist es unheimlich anonym, da weiß der oben nicht, wer unten wohnt.“

„Ich kenne keinen. Bei uns wohnen, das sind so Appartements, fünfzig Appartements, da kenn ich keinen.“

Umso wichtiger erscheinen demnach „Orte der Begegnung“, Freiflächen und Parks im Viertel, Vereine oder Gemeindezentren, die zu öffentlichen gemeinschaftlichen Aktivitäten einladen und die diese zum Teil erzwungene Wohnisolation durchbrechen, eine gemeinschaftliche Brückenfunktion wahrnehmen.

Gerade für alteingesessene Bewohner wirkt negativ, dass es in den Quartieren eine hohe Fluktuation der Bewohner gibt, was den Charakter des Viertels und die Nachbarschaft verändert. Es braucht seine Zeit, die Nachbarn kennenzulernen, Vorurteile abzubauen und Sympathien zu entwickeln. Ständig aufs Neue vor diese soziale Herausforderung gestellt, reagieren nicht wenige Bewohner mit Rückzug und innerer Isolation. Man hat weder die Kraft noch die Ressourcen, um sich ständig auf neue Menschen einzustellen, zumal ja auch unbekannt ist, wie lange neue Nachbarn vor Ort bleiben werden.

„Ich meine gut, ich habe als Kind und auch die nächsten dreißig Jahre in Alt-Grone gewohnt. Als Kind kannte ich in der näheren Nachbarschaft jeden und man ging auch in jedes Haus. Das hat sich geändert. [...] Als wir dann umgezogen sind, hier in die S. Straße, man kann seine Nachbarn ja nicht mitnehmen, da fing das also wieder von vorne an und man muss sagen, je älter man wird, je schwieriger ist es, Kontakt zu finden.“

„Weil die jungen Leute, die jetzt hier alle eingezogen sind, die sind ja total scheu. [...] Und da hab ich gesagt: ‚Nö, dann eben nicht.‘ Was will man machen?“

Verdeutlicht wurde dieses erste Misstrauen gegenüber den Mitmenschen in der Zusammensetzung und Interaktion der Fokusgruppen während der Erhebungsphase. Auf der einen Seite zeigten sich immer wieder verbindlich bestehende Netzwerke, auf der anderen Seite saßen aber auch offensichtlich vollkommen von gesellschaftlichen Aktivitäten abgekoppelte Personen in der Gruppe, die trotz der räumlichen Nähe im Viertel wenige Kontakt zueinander zu haben schienen. Entsprechend unterschiedlich agierten diese Teilnehmer auch in den Diskussionen.

Eine sehr hohe Barriere, die einer Gemeinschaftsbildung im Weg steht und die immer wieder genannt wird, sind die kulturellen und sprachlichen Unterschiede, die direkt für den fehlenden Zusammenhalt verantwortlich gemacht werden:

„Also ich hab schon [...] die Erfahrung gemacht, dass man doch sehr unter sich bleibt, [...] unter sich heißt so in der Nation.“

Gerade auf die Kinder wird hier die klassische Aufstiegshoffnung projiziert, dass sie es einmal besser machen und all die Barrieren und Schranken überwinden, die die verschiedenen Gruppierungen in den Vierteln zu trennen scheinen. Besondere Hoffnung liegt auf der Überwindung der Probleme und Konflikte zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund.

„Unsere Kinder [...] sind nicht so. Unsere Kinder sind mit jedem zusammen. [...] Also die nächste Generation ist bestimmt anders als wir.“

4.3.4 Verantwortlichkeiten

Die Verantwortungsübernahme konzentriert sich stark auf den Nahbereich. Einmal mehr sind es die eigene Familie und die Kinder, für die man sich verantwortlich fühlt. Falls keine Familie existiert, bezieht sich die Verantwortung meist auf sich selbst.

„Also in erster Linie bin ich für mich selbst verantwortlich. Weil ich für meine Taten, für meine Handlungen selber geradestehen muss. Ich kann keinem [...] sagen: ‚Du musst das für mich gerade biegen!‘ Was ich mache, das stehe ich ganz alleine durch, da kann ich von keinem Hilfe erwarten. [...] Egal um was es geht.“

„Ich bin verantwortlich für meine Tiere. Sonst für keinen anderen. Die habe ich mir angeschafft und deswegen sind die an erster Stelle. Bevor ich was esse, [...] bekommen die eher was.“

Dieser Verantwortungsübernahme im Nahbereich stehen nur wenige Beispiele gegenüber. Dies liegt aber auch am Verantwortungsbegriff selbst, der vielfach nur auf die nahe Umgebung angewandt wird, selbst wenn man weitergehende Verantwortung übernimmt und sich engagiert.

„Ja, also ich sehe das auch so, dass ich [...] in erster Linie für mich selber verantwortlich bin. Wenn ich irgendwelche Fehler mache, egal in welcher Richtung. [...] Aber ich fühl mich manchmal verantwortlich auch für irgendwelche Mitbürger.“

„[...] oder auch für Kinder, die vielleicht, wo ich sehe, sie turnen irgendwo rum und ich denke: ‚Oh halt, das können sie noch nicht ab‘. Also dann fühle ich mich verantwortlich und gebe einfach das ein bisschen weiter und sag: ‚Pass auf oder geh lieber runter!‘“

Vor allem im eigenen und hier auch öffentlichen Nahbereich entwickeln sich Verantwortlichkeiten, die sich aus persönlicher Betroffenheit oder Einbeziehung speisen.

„Meine Lebensgefährtin ist Tagesmutter, die geht jeden Tag auf Spielplätze und in der Regel ist es so, dass wenn ich dabei bin, ich erst mal rum gehe und Papier und Scherben weg mache. Das ist Verantwortungsübernahme, zum Beispiel.“

Auch eine persönliche Lebenserfahrung oder ein Schicksalsschlag kann dafür sorgen, dass man sich verantwortlich für andere Menschen fühlt, denen es vielleicht ähnlich geht.

„Ich war schon letztes Jahr Betreuer, da helfe ich Suchtkranken, weil ich ja selbst Schwerstalkoholiker war. [...] Dann hat der Ortsvorsteher angerufen, ob ich bereit wäre Ehrenamt zu machen. Das hab ich ja gerne gemacht, weil ich ja wirklich Erfahrung hab. [...] Dann macht es auch Spaß, Leuten zu helfen.“

Zudem entstehen Verantwortlichkeiten offensichtlich dann, wenn diese mit einer Arbeitsstelle verknüpft sind, und so, durch räumliche und personelle Anlagerung an öffentliche Orte, eine Dauerhaftigkeit gewährleistet ist.

„Allerdings fühle ich mich auch manchmal in der Bibliothek für die Schüler verantwortlich. Bei dem einen da hatte ich mal so ein bisschen Sorge, der schien mir dahin zu tendieren wie: ‚Ich bringe mich um und nehme noch ein paar mit!‘ [...] Das ist eben mein Teil der Verantwortung.“

Hieran wird deutlich, wie wichtig die Einbindung in feste und geregelte Strukturen ist, da man auf diesem Wege längeren Kontakt zwischen Menschen herstellt und tiefere Einblicke in deren Leben erhält. Dies stellt offenkundig eine entscheidende Grundlage für Verantwortungsgefühl und Hilfestellungen dar.

In erster Linie geschieht dies über den Faktor „Arbeit“. Arbeit zu haben bedeutet für die Untersuchungsgruppe nicht nur eine regelmäßige und formelle Struktur und damit einen primären Ausgangspunkt für Engagement, sondern auch die Einbindung in soziale Netzwerke. Diese sind wiederum der wichtigste Zugangskanal in die moderne Bürgergesellschaft.⁸

4.4 EINSTELLUNGEN ZU BÜRGERGESELLSCHAFT/BÜRGER

Hinter der „modernen Bürgergesellschaft“ verbirgt sich nicht nur die Vorstellung einer bestimmten Gemeinschaft oder eines Gemeinnsinns. Sie beinhaltet auch den Bürger. Hintergrund der folgenden Fragestellung war die Annahme, dass es sich dabei um keine zufällige terminologische Verwandtschaft handelt. Vielmehr wird, wenn von „bürgerschaftlichem“ oder „bürgergesellschaftlichem“ Engagement und Aktivitäten die Rede ist, mit diesen eine bestimmte qualitative Vorstellung von der Aufgabe und Rolle, von den Rechten und Pflichten eines Bürgers verbunden. Um die Wahrnehmungsebene sozial Benachteiligter gegenüber jener Bürgergesellschaft besser verstehen zu können, wurde daher versucht, sich der

8 Vgl. den Abschnitt „Zugänge zu Engagement/Aktivität“ dieser Studie (Abschnitt 5.1.1), insbesondere den Faktor „Persönliche Beziehungen“.

Vorstellung der Befragten von dem, was einen Bürger ihrer Meinung ausmacht, zu nähern.

Unter Bezugnahme non-verbaler Erhebungsmethoden (Bilderwand) sollten erste Zugänge exploriert werden, um in der Folge den vorhandenen Bürgerbegriff zu diskutieren und zu erfahren, was die Teilnehmer mit diesem Begriff verbinden, welche Aufgaben oder Rechte einen Bürger ausmachen und was ihrer Ansicht nach Bürger für die Gesellschaft tun können bzw. was die Gesellschaft für den Bürger tut.

In einem Rekurs auf eine größere (nationale) Ebene sollten ferner Perception und Kenntnisstand zu den Begriffsbereichen der Bürgergesellschaft erfragt werden. Was wird mit Termini wie der „Zivil-“ oder „Bürgergesellschaft“ verbunden? Welche vorhandenen Organisationen, Institutionen, Verbände oder formellen Teile der Bürgergesellschaft sind überhaupt bekannt? Und gibt es möglicherweise persönliche Vor- oder Leitbilder für bürgergesellschaftliches Engagement?

4.4.1 Der Begriff des Bürgers

Die direkte Konfrontation mit den Begriffen „Bürger“ und „Bürgergesellschaft“ erzeugte zunächst zwar Konfusion und Ratlosigkeit. Das Ausfüllen der abstrakten Begriffe fiel fast allen Gesprächsteilnehmern schwer (zur semantischen Ebene vgl. insbesondere Kapitel IV.4). Im Laufe der Gespräche und unter Bezugnahme auf konkrete Beispiele ließen sich dennoch wichtige Kenntnisse über die Wahrnehmung des „Bürgers“ gewinnen.

„Bürgergesellschaft ist ein komisches Wort.“

„Das Wort ‚Bürger‘ wird ja eigentlich nur vom Staat aus gesagt. Wir selber sagen ja nicht Bürger zu uns.“

Eine Wahrnehmungsebene umfasst den Bürger als Zugehörigkeitsbegriff, also etwa in Form von Zugehörigkeit zu einer Stadt oder Gemeinde.

„Bürger ist eigentlich jeder, der irgendwo wohnt.“

„[Jemand], der Mitglied einer Gemeinde ist.“

Es gibt aber ebenso einen universalen Bürgerbegriff, der alle mit einschließt, auf der anderen Seite aber auch eine qualitative Unterscheidung.

„Wir sind ja alle Bürger und es gibt verschiedene Bürger, verschiedene Schichten.“

„Bürger ist eigentlich für mich so ein Wort wie für ein Spießbürger, ein Vereinsmensch, der alles ordentlich macht, wie es sein muss. [Es] muss alles ausgerichtet sein, das sind für mich Bürger.“

Nur selten wurden darüber hinaus die mit Absicht eingestreuten abstrakten Darstellungen gewählt. Darunter fallen zum Beispiel die ineinander greifenden Zahnräder oder der Handschlag.

Nur in Einzelfällen vermochten es die Gesprächspartner, den Begriff mit Inhalt zu füllen.

„Ja, ich habe mir für Bürgergesellschaft die 27 [Demonstration] ausgesucht, weil ich denke, das ist eine Menge oder eine Personengruppe, die für irgendwas die Hand hebt oder demonstriert oder eintritt. Als größere Gesellschaft und dieses familiäre eigentlich am runden Tisch hätte ich beinahe gesagt, ist ein bisschen oval, aber so als familiäre Gesellschaft.“

Eine entscheidende Dimension des Bürgerbegriffs, die mit der häufig auftretenden Schwierigkeit des Erhaltens einer deutschen Staatsbürgerschaft zusammenhängt, wurde vor allem in den durch eine hohe Zahl von Migranten geprägten Vierteln genannt. Durch die dafür notwendigen Behördengänge ist davon auszugehen, dass Deutsche mit Migrationshintergrund bereits im Rathaus mit dem Begriff des Bürgers konfrontiert wurden. Dies wurde bei der Bilderauswahl durch die häufige Auswahl des Bildes mit dem deutschen Pass durch Menschen mit Migrationshintergrund deutlich. Hier wurde der Bürger mit „Einbürgerung“ assoziiert.

„[...] Ich weiß nicht warum, aber da fällt mir als erstes das Wort Deutsche ein. [...] Bürger ist für mich so, so [ein] typischer deutscher Bürger.“

„[...] die Leute, die zu dem Staat gehören.“

Der Besitz eines Passes ist folglich oft ganz eng gekoppelt an den Begriff des Bürgers.

„Also die Leute, die hier 19 Jahre, ich weiß nicht genau wie lang, manche sind auch hier aufgewachsen, dass die trotzdem einen deutschen Pass bekommen sollen.“

„[Es] sollten ja auch die Leute, die so lange hier sind und auch die deutsche Sprache verstehen, [...] dann eingebürgert werden.“

Zudem ist die Schwierigkeit des Erhaltens einer Arbeitserlaubnis ohne die deutsche Staatsbürgerschaft im Bewusstsein der Menschen sehr präsent.

„Bei vielen Ausländern, die zum Beispiel die Staatsbürgerschaft nicht haben. Es wird ja gesagt, ihr müsst arbeiten, ihr müsst für euren Lebensunterhalt selber aufkommen, dann kriegt ihr das, wenn ihr so und so viele Jahre hier seid. Aber [...] viele, die die Staatsbürgerschaft nicht haben, haben auch keine Arbeitserlaubnis, das ist ja wie so ein Kreis der sich dreht. [...] Viele haben ja keine Möglichkeit, da rauszukommen.“

Bei Menschen mit Migrationshintergrund, insbesondere bei nicht Berufstätigen, kann der Begriff Bürger daher negative Assoziationen hervorrufen, was sich möglicherweise auch auf die für die Engagementpolitik relevanten Begriffsverwandten wie Bürgergesellschaft, bürgerschaftliches oder bürgerschaftliches Engagement auswirkt. Daher muss die Sichtweise Berücksichtigung finden, dass eine Eigenidentifikation als Bürger – ohne Staatsbürgerschaft, ohne Einbürgerung oder ohne die Möglichkeit zu arbeiten – naturgemäß schwer fällt und folglich auch mit Kategorien wie der Bürgergesellschaft wenig verbunden werden kann.

Aufgrund der engen migrantischen Netzwerke ist außerdem davon auszugehen, dass diese kritische Perzeption der Begriffskollegen Bürger und Bürgergesellschaft nicht ausschließlich auf Menschen zutrifft, die persönlich negative Erfahrungen auf ihrem Weg zur deutschen Staatsbürgerschaft gemacht haben. Vielmehr scheinen Erfahrungen und Erlebnisberichte naher Verwandter oder Freunde das allgemeine Bild des Begriffs Bürger sehr stark zu prägen.

4.4.2 Der Begriff der Bürgergesellschaft

Die sprachliche Kluft zwischen der „Sprache der Zivilgesellschaft und Zivilgesellschaftsförderung“ einerseits und der Sprache der Angehörigen in den untersuchten Quartieren andererseits wird insbesondere beim Begriff der Bürgergesellschaft selbst deutlich. Diesen vermochten nur die wenigsten Probanden mit Leben zu füllen. Vielmehr gehörten zu den häufigsten Reaktionen auf die direkte Konfrontation der Befragten mit Begriffen wie Zivilgesellschaft oder Bürgergesellschaft Unverständnis und eine gewisse, zum Teil verschämte Ratlosigkeit.⁹

Konkret wird die Bürgergesellschaft etwa als eine Ansammlung von Menschen definiert, also schlicht als ein Plural des Begriffs Bürger gewertet. Meist wiederholen sich hier Deutungen und Zuschreibungen, die vorher schon beim Begriff des Bürgers vorhanden waren. Der Wortbestandteil der „Gesellschaft“ schien den Begriff damit schlicht zu pluralisieren.

Erweitert wird der Bürgerbegriff hier allerdings um eine vage Vorstellung von ehrenamtlichem Engagement. Vor allem der Aspekt der gegenseitigen (Bürger-)Hilfe ist durchaus vorhanden. Einzelne Abbildungen, mit denen das Deutsche Rote Kreuz, das Technische Hilfswerk oder generell Engagement für andere und die Gemeinschaft verbunden werden, stehen hier für die Bürgergesellschaft insgesamt.

Auch spielende Kinder, Personengruppen bei der Vertretung gemeinsamer Interessen, Polizei, Erste Hilfe, das Parlament, die Integration von Ausländern etc. sowie die freiwillige Partizipation an Gemeinschaft werden als Aspekte der Bürgergesellschaft genannt.

Besonders beim Begriff der Bürgergesellschaft sind soziale Unterschiede festzustellen. So schien es Personen mit etwas höherer Bildung¹⁰ deut-

9 In den Befragungen wurde auf die Verwendung und die Abfrage von Fremdwörtern wie „civil society“ oder „engagieren“ verzichtet, um genau diese Situationen des Unwissens auf Seiten der Befragten und damit der Scham zu vermeiden.

10 Einige Befragte entsprachen nicht in allen Punkten den ausgesuchten Kriterien in Sachen Einkommen und Bildungsgrad (insbesondere bei Befragten mit Migrationshintergrund war der Bildungsabschluss zum Teil ein höherer als der Hauptschulabschluss), wurden aber als Angehörige der Quartiere und für die vorliegende Betrachtung relevanter Mitglieder der lokalen bürgerschaftlichen Infrastruktur in die Erhebung mit einbezogen und zum Teil als Kontrollgruppe erfasst.

lich leichter zu fallen, den Begriff auszufüllen. So werden in einem Interview gesellschaftliches Engagement sowie gegenseitiges „Fördern und Fordern“ als Bürgerpflichten genannt. In einem Einzelfall wird „Bürgergesellschaft“ mit dem „alten“ Begriff des Ehrenamtes kontrastiert und ihm eine eigene Färbung verliehen.

4.4.3 Der Begriff Zivilgesellschaft

In Ergänzung zu den non-verbalen Erhebungsmethoden wurden in Form eines Brainstormings die Assoziationen der Teilnehmer mit den Begriffen Zivilgesellschaft und Bürgergesellschaft gesammelt. Hierbei zeigte sich schnell, dass kaum genaue inhaltliche Vorstellungen über die Begriffe vorherrschen.

In vielen Fällen schien man zum ersten Mal mit einem dieser Begriffe konfrontiert, die Termini waren mitunter völlig unbekannt. Die Teilnehmer versuchten sich daher zunächst assoziativ den Begriffen zu nähern. So wurde in mehreren Fokusgruppen versucht, den Begriff über den Wortteil „zivil“ zu erschließen:

„Zivildienstleistender fällt mir noch ein.“

„Ja, genau! Soziale Gemeinschaft, weil Zivis ja meistens in solchen Gemeinschaften arbeiten.“

„Ich hab gerade gedacht, dieses freie soziale Jahr oder freiwilliges soziales Jahr.“

„Zivilcourage hab ich schon mal gehört. Aber Zivilgesellschaft?“

„Zivil ist ein Nichtmilitärischer.“

Diese Reihe ließe sich fortsetzen und offenbart grundsätzlich die Ferne der Begriffe bzw. deren Inhalte von den Probanden.¹¹ Wenn die Teilnehmer

11 Das Unverständnis in Bezug auf die Bürgergesellschaft illustriert auch die Erhebung des Instituts für Demoskopie Allensbach: „Nur 23 Prozent der Eltern aus der ‚Unterschicht‘ möchten ihre Kinder auch zu sozialem und gesellschaftlichem Engagement motivieren.“ Vgl. Köcher, Renate: Der Statusfatalismus in

nicht versuchten, die Begriffe assoziativ zu erschließen, machten sie den geringen Bezug zu den häufig technischen Begriffen schnell deutlich:

„Aber ansonsten genauso [ist es] ein komischer Begriff wie der andere. Zivilgesellschaft, Bürgergesellschaft. Nur Gesellschaft reicht, was soll das [sein], Zivilgesellschaft? Was gibt es da noch für eine Gesellschaft dazu?“

4.4.4 Bewertung von (eigenem) Engagement

Der Terminus Engagement war bei den meisten Teilnehmern stärker präsent und es konnte auf eine eigene Definition des Begriffs zurückgegriffen werden. Dabei wiesen die individuellen Definitionen der Teilnehmer große Übereinstimmungen auf:

„Sich einsetzen, sich selbst einsetzen, nicht zusehen, einfach nur mitmachen.“

„Ja, für eine Sache da zu sein.“

„Sich an etwas beteiligen, was Sinn [...] und Zweck hat.“

„Ja, sich einsetzen für irgendeine ganz bestimmte Sache, die mir auch wichtig erscheint, sei es familiär oder beruflich. Egal wo, einfach für eine Sache mich stark machen und da mein Engagement zeigen. Meine Stärke oder was auch immer.“

Bei der Definition von Engagement und besonders bei der Eigenwahrnehmung ließ sich eine Tendenz deutlich beobachten: die strikte Trennung von Engagement innerhalb und außerhalb der Familie. Hier scheint es eine differenzierte Wahrnehmung der unterschiedlichen Engagementsphären zu geben.

„Eigentlich kann man sagen, jeder in seiner eigenen Familie [...] handelt, er tut was für seine Kinder, er macht.“

der Unterschicht, in: *FAZ.net*, 16.12.2009, online verfügbar unter: <http://www.faz.net/s/Rub594835B672714A1DB1A121534F010EE1/Doc~E73D589DA6F0B4123B592EF733BA46137~ATpl~Ecommon~Scontent.html> (zuletzt eingesehen am 04.12.2010).

„[Es ist] wirklich egal, was es ist. Ich arbeite auch hart, oder wenn zum Beispiel eine ganze Wohnung zu streichen ist, da bin ich auch dabei oder für eine Einladung auch mal zu Hause die Hälfte zu machen oder irgendwas. Aber engagiert [zu sein], so was wie hier zum Beispiel, also ganz ehrlich gesagt, wenn die 50 Euro nicht wären, wäre ich nicht hier.“

„Also ich bin für meine Familie [da], sagen wir mal, meine Kinder in die Schule fahren und Hausaufgaben und alles, was die Schule betrifft. Und die Freizeit bin ich, kann man sagen, auf einer Skala¹² von 1 bis 10, sagen wir mal 8. Weil 10 glaube ich nicht, weil da müsste man ja perfekt sein. [...] Ich sage auch schon mal: Jetzt habe ich keine Lust Dir vorzulesen, ich weiß nicht, ich denke mal 8. Und so für die Schule, was ich gerade gesagt habe. Irgendwo beizutreten, würde ich sagen 5.“

„Also es geht immer um Familie und Gesellschaft. Also bei meiner Familie finde ich, dass ich sehr viel mache und so ungefähr auch 8. Halt so bei der Arbeit auch, aber sonst einfach so für die Menschen, bei einer Demo oder so gehen, habe ich so 3 oder 4.“

Insgesamt ist die Selbstwahrnehmung des eigenen Engagements im familiären Sektor und im Nahbereich deutlich höher als außerhalb (wenngleich beachtet werden muss, dass das Engagement außerhalb der Familie von vielen Befragten selbst schlechter eingeschätzt wurde, als es sich in der Befragung tatsächlich herausstellte). Diese Tendenz ist bei den Migranten mit einer großen Familie besonders ausgeprägt; eine Erkenntnis mit Folgen für die Formulierung von Engagementförderung und Engagementpolitik. Denn eine Fixierung auf überindividuelles oder aus dem familiären Bereich herausgelöstes Engagement als Qualifikation zur Anerkennung des Engagements könnte dabei einer Entwertung der erbrachten Anstrengung gleichkommen. Es gilt daher, bei der Betrachtung von bürgergesellschaftlichen Engagementsphären (insbesondere bei Menschen mit Migrationshintergrund) die klassische Definition von Zivil- oder Bürgergesellschaft als ausschließlich öffentlichen und damit nicht-familiären Bereich aufzulockern.

12 Erläuterung zur Fragestellung: Die Teilnehmer wurden gebeten, auf einer Skala von 1 bis 10 (positiv aufsteigend) ihr eigenes „Engagement“ einzuschätzen.

Eine weitere Tendenz, die sich anhand der Antworten auf die Frage nach eigenem Engagement erkennen ließ, war erneut die Bindung an den Beruf bzw. das Abnehmen des eigenen Engagements in Folge von Arbeitslosigkeit und das zunehmende Gefühl des „Exkludiertseins“.

„Da muss ich für mich sagen, momentan bin ich gar nicht engagiert, aber als ich noch im Berufsleben stand, war ich in dem Bereich, für den ich gearbeitet habe, sehr stark engagiert.“

„Aber jetzt, seit ich aus dem Berufsleben raus bin, weiß [ich] nicht, da lebt man einfach so in den Tag hinein. Meine jüngste Tochter sagt auch schon immer: ‚Mensch Mama, irgendwo musst du dran teilnehmen, irgendwo musst du dich engagieren, du kannst nicht nur zu Hause rumhängen.‘ Aber momentan habe ich so einen Tiefpunkt, dass das alles weg ist.“

„Ich kann für meine Gesellschaft nicht verantwortlich sein, [weil] ich an der Gesellschaft gar nicht teilnehme [und] ich es mir utopisch im Sinne meines Gedankens vorstelle. [...] Und in dem Sinne ist ja alles schon da, aber ich muss nur greifen und dazu fehlen mir die Mittel. Das einzige Mittel, das ich dazu kenne, ist ja Arbeit und darüber war ich abwesend.“

Hier zeigt sich ein weiterer auch an anderer Stelle herausgearbeiteter Punkt. Durch Arbeitslosigkeit kommt es zu einem „Ausschluss“ aus der Gesellschaft, der mit einer sozialen Vereinsamung einhergehen kann. Auf die Frage, wann der Bekanntenkreis eines Teilnehmers deutlich kleiner geworden sei, antwortete dieser: „Naja, erstens mal dadurch, dass ich arbeitslos geworden bin.“

Mitunter liegen die Eigenwahrnehmung und der definitorische Rahmen von Engagement weit auseinander. Das „tatsächliche“ Engagement ist dabei überraschend stärker, als es nach einer ersten Abfrage erscheint. Denn anschließend an oben genannte Punkte wird einigen Befragten erst auf gezielte Nachfrage bewusst, dass es sich beim eigenen Handeln um (zivilgesellschaftliches) Engagement handelt, sie selber das aber nicht als ein solches bezeichnen würden.

„Ja, aber immerhin bist du Trainer in einem Verein.“

„Ja, ein bisschen. Aber das ist eigentlich nicht der Rede wert. [...] Ja, ich bin da schon ein kleines bisschen stolz drauf, dass wir da jetzt schon so lange, das sind ja über 20 Jahre, das ist schon eine gewisse Zeit, ja gut. Manchmal bin ich froh, wenn wir uns zur Weihnachtsfeier am Ende des Jahres immer treffen und alle sind sie da zufrieden und glücklich, ja da bin ich schon froh. Aber das ist doch nicht viel, da gibt's noch ganz andere Leute, die noch ganz andere Sachen machen. Größere Projekte oder hier [zeigt auf B4] mit Kindern umgehen, das finde ich interessant.“

„Ja, für mich selbst bin ich engagiert. Um mich fit zu halten, um gesund zu bleiben und da tu ich einiges was möglich ist, aber jetzt so meinen Mitmenschen gegenüber nicht unbedingt, bin ich nicht engagiert, das heißt außer was ich vorher gesagt hab, für irgendwelche älteren Frauen oder Männer mal irgendwo Besuche abstatten, lesen oder sonst dergleichen.“

Es zeigt sich, zumindest an einzelnen Beispielen, dass Engagement nicht unbedingt als etwas Herausragendes empfunden wird oder nach längerer Zeit anscheinend einfach zum Leben dazugehört, aber eben deshalb keine eigene Sphäre darstellt, da es irgendwo zwischen privater und Freizeit-sphäre verortet wird. Aus diesem Grund sollten insbesondere diese Formen des Engagements gewürdigt werden.

Trotzdem ist bei den Befragten die Anerkennung ihres Engagements ein wichtiger Punkt, der auch für die Beantwortung der Frage ausschlaggebend ist, ob sich Menschen über längere Zeiträume für etwas einsetzen.

Anerkennung meint hierbei nicht finanzielle Leistungen, sondern die Anerkennung der Leistung, die auch durch Lob oder Auszeichnungen oder simple Dankbarkeit herausgestellt werden kann:

„Die haben dann einfach Ansprüche auch gestellt, ich hab' das Ganze zwar unentgeltlich gemacht und will auch kein Geld dafür, aber ich möchte schon, dass man das dann auch sieht: Hallo, was heißt Dankbarkeit, [Anerkennung] so irgendwie eine Anerkennung oder zu sagen: Mensch das ist schön und ich freu mich schon auf morgen wieder, und nicht so ungefähr: Ja, und da muss ich sagen: Das hab' ich jetzt ein bisschen eingeschränkt, da suche ich mir jetzt auch die Leute aus, wo ich spüre das kommt von innen her und nicht nur einfach: Ich brauch' das, und Sie sind doch da, Sie können's doch machen. Wie es in vielen, ich sag mal, Institutionen gemacht wird oder Vereinen, so und das will ich nicht. Ich möchte das machen, wo ich auch ... innerlich etwas zurückbekomme, wo ich was spüre.“

„Man merkt ja, dass man ein Dankeschön dann bekommt, doch. Ja, ja das fand ich sehr nett. Weil man das ja auch gerne macht.“

4.4.5 Vorbilder für bürgerschaftliches Engagement

Ein vielversprechender Ansatz in Fokusgruppendifkussionen ist die Rückkopplung des Themas an prominente bzw. persönlichere Projektionsflächen. Konkret wurde nach Vorbildern für Engagement gefragt, um sich dem unter den Befragten vorherrschenden Bild von Engagement und Aktivität weiter anzunähern. Die Diskussion konkreter Tätigkeiten bestimmter Persönlichkeiten bot dabei die Möglichkeit, abstrakte Werte wie Einsatz, Engagement, Verantwortung anhand anschaulicher Einzelbeispiele zu besprechen.

Häufig wurden Vorbilder aus dem direkten Familienkreis (zumeist die Mutter) genannt. Besonders die Befragten, die während oder kurz nach dem Zweiten Weltkrieg geboren und deren Kindheit und Jugend durch Flucht und Vertreibung gekennzeichnet wurden, blicken mit großem Respekt auf ihre Eltern zurück.

„Meine Mutter [ist] mein Vorbild. [...] Aus dem einfachen Grunde, weil ich das als Kind zwar nicht gesehen habe, aber je älter ich wurde, einfach gesehen habe, was sie geleistet hat, einfach durch den Krieg, [...] Flucht mit drei Kindern, allein zu sein und eben wieder was aufzubauen.“

Aber auch Personen, die Hilfe anboten, um sich aus Schief lagen zu befreien, werden als Vorbilder genannt.

„Ja, mein Vorbild ist meine frühere Bewährungshelferin, [die] auch gleichzeitig meine Betreuerin war. [...] Die hat mich nie aufgegeben, die hat mich immer in Therapie gesteckt, war jeden Tag fast da, nach Feierabend. [Sie] ist mein gutes Vorbild.“

„Mein Vorbild ist meine Chefin, weil die für uns immer da ist, [sie] hilft uns immer aus in schwierigen Zeiten, guten Zeiten.“

Eine andere Ebene, auf die bei der Frage nach Vorbildern zurückgegriffen wird, sind Personen aus der Öffentlichkeit, die sich meist in irgendeiner

Form wohltätig gezeigt haben. Darunter sind sowohl Politiker als auch Sänger, Schauspieler und Sportler.

Bei näherer Betrachtung zeigt sich aber eine ambivalente Einschätzung beim Engagement von Prominenten. Beispiele wurden etwa danach ausgewählt, wer denn wohl den größten Anteil seines Vermögens für einen wohltätigen Zweck gespendet habe.

„Schumacher! [...] Ich glaube der spendet auch viel für Kinder.“

Ob sich diese Personen in ihrem „wirklichen“ Leben als Vorbilder verhalten, erscheint zunächst zweitrangig. Auf die Nachfrage, warum sich die Prominenten engagieren, werden diese, ähnlich der Beurteilung von Politikern, eher ernüchtert eingestuft.

„[...] um Anerkennung zu haben.“

„[...] um berühmt zu bleiben, in aller Munde sozusagen.“

„Also ich denke, es ist leicht, Geld zu bezahlen, wenn man reich ist, aber es ist schon schwerer, wenn man sowieso schon so wenig Zeit hat, da irgendwie noch seine eigene Zeit zu investieren, das ist für mich glaubwürdig, dass man ein gutes Herz dann hat, wenn man selber Zeit investiert, seine eigene Zeit, obwohl man nicht so viel Zeit hat.“

Oftmals wird die Motivation der Prominenten auch grundsätzlich in Frage gestellt. Positiver werden da schon Engagementformen bewertet, die auf einer persönlichen Erfahrung beruhen, und dadurch Glaubwürdigkeit vermitteln.

„Klaus Theo Gärtner. Matulla, der Privatdetektiv im Fernsehen. Der engagiert sich für Suchtkranke. [...] Götz George [...] engagiert sich für Trinker aus dem Grund, weil er nämlich nur säuft.“

„Detlef D. Soost, dieser Tänzer, der hat sich auch was erarbeiten müssen, hat halt seinen Erfolg geschafft und gibt das halt weiter und zeigt, hier bin auch aus irgendeinem Brennpunkt oder was auch immer, wo wir hier nun mal in einem Brennpunkt sind, und ich hab' was erreicht und so.“

Engagement ist dementsprechend dann glaubwürdig, wenn die Personen, die sich engagieren, eine gewisse eigene „Betroffenheit“ präsentieren können bzw. durch ihren persönlichen Erfolg Hoffnung vermitteln können. Im Umkehrschluss wird beispielsweise die öffentliche Teilnahme an einer Wohltätigkeitsgala zwar nicht *per se* herabgewürdigt (Unterstützung in jeglicher Form wird gutgeheißen), jedoch auch hier der Motivation der Unterstützer mit Skepsis begegnet.

Allgemeine Vorbildfunktionen können auch weniger Prominente aus dem Entertainment- oder Politikbereich oder Menschen mit einem „steinig“ Lebensweg sein, die angeblich Glaubwürdigkeit vermitteln.

„Also, ich persönlich schwärme für Helmut Schmidt, unser Altbundeskanzler. Warum? Weil alles, was der gesagt hat und was der gemacht hat, Hand und Fuß hat.“

„[Helmut Schmidt] hat einige Sachen, finde ich, gut gemacht. Jetzt wirst du mich bestimmt fragen, was er gut gemacht hat, das sag ich dir nicht.“

„Willy Brandt. Wegen der Aussöhnung damals mit Frankreich, wo er den Kniefall gemacht hat vor dem Mahnmal des bekannten Soldaten vor der Kranzniederlegung. Das fand ich klasse.“

4.5 WAHRNEHMUNG VON POLITIK UND GESELLSCHAFT

4.5.1 Passive Einstellung zu „Bürger“ und „Gemeinschaft“

Die Befragungskomplexe zu den Begriffen des „Bürgers“ und der „Bürgergesellschaft“ ließen zudem grundlegendere Wahrnehmungsmuster erkennen. So dominiert insgesamt eine eher passive, fast konsumistische Haltung gegenüber den Konzepten von Gesellschaft und Gemeinschaft. Zu den Stichwörtern Bürger und Gemeinschaft äußert man sich häufig in wenigen, zumeist rein formalen Ansprüchen.

„Das muss auch ein Bürger sein, einfach freundlich sein [und] alle Regeln, die es in deiner Gesellschaft gibt, mitmachen. Das muss sein.“

Bürgerrechte werden zunächst eher passiv verstanden.¹³ Bestimmte individuelle Rechte (z.B. das häufig erwähnte Recht auf freie Meinungsäußerung) sind zum Teil bekannt. Und es wird viel Wert auf die eigenen Freiheitsräume gelegt, das eigene „Recht“ als Bürger, darin nicht von staatlicher oder anderer Seite eingeschränkt zu werden (Rauchverbot als Beispiel).

Generell subsumiert sich unter dem Begriff des Bürgers vor allem eine Idee von staatsbürgerlichen, überwiegend negativ gewerteten und im Verhältnis zum Staat definierten Pflichten (beispielsweise nicht kriminell zu werden, Steuerabgaben zu leisten oder die Miete pünktlich zu bezahlen).

Das „aktive“ Recht, sich gegen Probleme oder für eigene Belange einzusetzen, die politischen, kulturellen oder sozialen Entwicklungen der Gesellschaft mitbestimmen und gestalten zu können, wird nur selten genannt. Allein das Recht, wählen zu gehen, wird an dieser Stelle häufig erwähnt; in den meisten Fällen jedoch unter dem Aspekt einer „Pflicht“ im Sinne eines „man sollte eigentlich wählen“ gehen. Dies wiederum kann als Indiz für die Schlussfolgerung der passiven Rechtswahrnehmung gewertet werden. Eine Ursache hierfür dürfte offensichtlich das pessimistische Bild bezüglich der Rechte von Bürgern sein. Trotzdem sind abstrakte Vorstellungen von Bürgerrechten vorhanden.

„Freiheit, [...] Recht auf Leben, [...] Recht auf Arbeit.“

Auch sozialstaatliche Leistungen wie die medizinische Betreuung gehen in die Diskussion ein. Allerdings wird bezweifelt, ob allen Menschen diese Rechte zu Gute kommen, sowohl abstrakt:

„Dass es dem Mensch nicht überall gleich gut geht. Klar, manche Menschen wünschen sich alle die gleichen Rechte, bekommen sie aber noch lange nicht, in anderen ärmeren Ländern.“

... als auch konkret:

13 Dieser Befund deckt sich auch mit einer Studie zum Statusfatalismus der „Unterschicht“: „Die Mehrheit der unteren 20 Prozent bekennt sich freimütig dazu, sich kaum mit gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen zu beschäftigen, sondern ausschließlich mit dem eigenen Nahbereich.“ Köcher: Der Statusfatalismus.

„Ja, Menschenfreiheit [...] würd' ich jetzt so sagen. [...] Ja, dass wir, sagen wir mal, anziehen können, was wir wollen, das sind halt unsere Rechte, finde ich. Wenn eine im Kopftuch rumläuft, dass sie dann nicht angesprochen wird, warum und wieso und weshalb.“

Überhaupt handelt es sich bei Befragten mit Migrationshintergrund bei der „Kopftuch-Frage“ oft um die wichtigste politische Dimension der Bürger-Rechte:

„[...] wo ich immer arbeiten wollte, war mein Kopftuch das Problem.“

Auf die Frage, wie dieser Situation begegnet werden sollte, stellt eine Teilnehmerin klar:

„Also, ich kann das ja nicht ändern. Ich habe sehr viel versucht, deshalb habe ich auch keine Ausbildungsstelle gekriegt. [...] Ich war bei zwei Ärzten und die haben mich sogar genommen, und als ich anfangen wollte, haben die gesagt: ‚Kopftuch absetzen!‘. Und da hab ich dann gesagt: ‚Nein, das mache ich nicht.‘ Dadurch habe ich jetzt keine Ausbildung.“

Wie sich schon im Verhältnis zu staatsbürgerlichen Pflichten zeigt, spielt Geld eine wichtige Rolle in der Definition des Bürgers. Dabei wird offensichtlich, dass für die Teilnehmer die materielle Versorgung und Absicherung der Menschen gleichzeitig auch Teilhabe bedeutet.¹⁴

14 In diesem Sinne ließe sich an die sozialen Staatsbürgerschaftsrechte nach Thomas H. Marshall anknüpfen. Erst durch diese Sorte an Staatsbürgerrechten seien die politischen bzw. bürgerschaftlichen Staatsbürgerrechte vervollständigt und gesichert worden. Schließlich würden die Menschen hierdurch zumindest teilweise von materiellen Zwangslagen entlastet. Vgl. Marshall, Thomas H.: *Citizenship and Social Class*, in: Shafir, Gershon (Hrsg.): *The Citizenship Debates. A Reader*, Minneapolis [u.a.] 1998, S. 93-112; auch der Entwicklungsökonom und Nobelpreisträger Amartya Sen konzipiert Geld als Schlüssel zur Eröffnung sozialer Räume und zur Befriedigung sozialer Bedürfnisse. Vgl. Sen, Amartya: *Poverty and Famines. An Essay on Entitlement and Deprivation*, Oxford 1981.

„Das Geld, würde ich sagen, gehört zur Gesellschaft.“

„Geld, ohne Geld ist man gar nichts. Denn [dann] kann man nichts kaufen, kann man auch nicht verreisen.“

Zudem existiert eine Vorstellung von allgemeinen (Bürger-)Pflichten, die vielfach an den alltäglichen Nahbereich gekoppelt sind. Dabei gibt es ein normatives Einfordern von Pflichten, die das Zusammenleben, gerade in Bezug auf das Viertel oder das nahe Wohnumfeld regeln sollen und die als unverhandelbar gelten. (Demnach wird die Bürgerpflicht etwa zur vielfach genannten Sauberkeit nach Ansicht der Befragten zu wenig eingehalten.)

„Sich auf jeden Fall an Regeln halten, an Maßnahmen, [...] wenn es, sagen wir mal, Grone angeht zum Beispiel auch aktiv zu sein, [...] mitzuhelfen, dass sich hier auch was verbessert.“

„Jeder Bürger muss, sagen wir mal, auf die Sauberkeit in seinem Ort achten (und Müll schön trennen. [...] Das machen viele nicht zum Beispiel. [...] Man kann ja hier nicht einfach leben und arbeiten und das war's. [...] Man muss sich, sagen wir mal, an die Ordnung auch halten.“

„Man sollte als Bürger darauf Acht geben, dass auch seine Umgebung sauber bleibt.“

„Wenn ich irgendwo wohne, möchte ich mich dem Umfeld anpassen.“

Bei der Frage, ob die Bürger im Viertel ihre Pflichten erfüllen, dominiert Zweifel bei den meisten Befragten:

„Ja ja, das kann man von zwei Seiten sehen [lacht], mancher macht's und mancher nicht.“

„Also manche ja, aber nicht alle. [...] Die meisten nicht.“

„Gucken Sie sich doch mal um.“

Die passive Sichtweise auf die Rolle des Bürgers äußert sich demnach darin, dass es seine primäre Anforderung ist, sich an „die Regeln“ zu halten und einen möglichst störungsfreien Ablauf der Gesellschaft zu gewährleisten.

Nahe liegt auch der in diesem Zusammenhang nicht selten genannte Komplex der Integration, der auch einen normativ-appellierenden Charakter beinhaltet. Ein „Ausländer“ etwa müsse sich einem Probanden zufolge

„an Gesetze halten, sich integrieren und nicht pausenlos aus der Rolle fallen und machen was er will.“

Gleichwohl wird auch angesprochen, dass die Mehrheitsgesellschaft ihren Teil zur Integration beitragen müsse.

4.5.2 Politik: weit weg, nur „da oben“

Die Beteiligung an der modernen Bürgergesellschaft beinhaltet nicht zuletzt auch die Teilnahme an Prozessen der gesellschaftlichen Gestaltung und damit die politische Beteiligung. In welchen Formen partizipieren die Befragten an politischen Prozessen? Lässt sich überhaupt politische Beteiligung oder Aktivität vorfinden? Und welche Wahrnehmung von Politik oder Beteiligungsmechanismen dominieren unter den Befragten?

Die Betrachtung dieser „politischen“ Ebene von Bürgergesellschaft ist notwendig, da Integration in die Bürgergesellschaft mit der Integration in eine demokratische Gesellschaft einhergeht. Nicht nur handelt es sich bei Vereinen oder Organisationen – frei nach de Tocqueville – um „Schulen der Demokratie“. Zudem bieten sowohl die „alte“ als auch die „moderne“ Bürgergesellschaft zahlreiche Möglichkeiten der politischen Teilnahme. Zu den konventionellen, formellen Beteiligungsmöglichkeiten gehört etwa die Mitarbeit in Parteien, Gewerkschaften oder in Organisationen. Die Beteiligung an Bürgerinitiativen, (Online-)Petitionen, aber auch das politische Boykottieren¹⁵ bestimmter Waren oder Firmen sind Beispiele für die moderne und informelle Bürgergesellschaft.

15 Vgl. Strømsnes, Kristin: Political Consumerism. A Substitute for or Supplement to Conventional Political Participation?, in: *Journal of Civil Society*, 5 (2009) 3, S. 303-314; Micheletti, Michele: *Political Virtue and Shopping. Individuals, Consumerism and Collective Action*, London [u.a.] 2003; Stolle, Dietlind;

Ziel des folgenden Untersuchungsabschnitts war es daher, diesen Bereichen der politischen Bürgergesellschaft nachzugehen, vorhandene Aktivitäten festzustellen und schließlich das existierende Bild dieser Bereiche und ihrer Akteure in der Wahrnehmung der Befragten zu erfassen.

Das Bild von der politischen Bürgergesellschaft ist offenbar ein sehr negatives. Vielfach scheint die fast klischeehafte Wahrnehmung vorhandener politischer Strukturen Partizipation, Engagement oder Aktivität zu verhindern. Denn Politik oder die Vorstellung, selbst etwas zu verändern, sind für die meisten Befragten nicht nur weit entfernt, sondern liegen meist außerhalb der eigenen Reichweite; dies vor allem deswegen, weil sich ein Betreten dieser unzugänglich erscheinenden Ebenen selbst nicht zugeutraut wird und diese als elitär wahrgenommen werden.

„Ich halte von den ganzen Parteien nichts. Weil, ich festgestellt habe, vor der Wahl sprechen sie einem das Blaue vom Himmel runter, und wenn sie dann gewählt sind, dann wollen sie davon nichts mehr wissen. Also kannst du alle in einen Sack [packen] und draufhauen, [dann] triffst du immer richtig. Taugen alle nichts.“

„Um Gottes Willen, [Politik] möchte ich nicht, reg ich mich bloß auf. [...] Ja, weil man nur veralbert wird. Man wurde früher veralbert und jetzt wird man auch veralbert. [...] Da ist doch jedes Mal was anderes, da wird das abgezogen und das abgezogen, und dann werden die Preise immer höher. Die fragen nicht die Kleinen.“

„Ich mein, quatschen tun sie eh alle viel, und die, die nicht quatschen und handeln, werden leider nie studieren, um Politikwesen mal zu machen.“

Eine Frau nennt als Gründe, dass sie sich nicht beteiligt, ihren eigenen Charakter, der den Anforderungen dafür nicht entspreche. Politiker seien für sie eher „so im Vordergrund“ tätig und laut. Sie selbst könne so etwas nicht, sei eher ein Typ für den Hintergrund:

„Und Leute, die so redegewandt und rhetorisch gewandt sind: [...] Hut ab. Ich schaffe es nicht immer, mich so dem Publikum zu stellen, ganz ehrlich.“

Hooghe, Marc; Micheletti, Michele: Politics in the Supermarket. Political Consumerism as a Form of Political Participation, in: *International Political Science Review*, 26 (2005) 3, S. 245-269.

4.5.3 Ein enger Begriff des „Politischen“

Insgesamt weisen die Einstellungen und Äußerungen der Befragten auf einen engen Begriff von Politik hin, da ausschließlich die Beteiligungsformen auf höchster nationaler Ebene bekannt sind. Die (Bundes-)Politiker „da oben“ haben zumindest durch Fernsehen und Printmedien ein Gesicht. Insofern muss sich hier der Eindruck verstärken, dass Politik von „oben“ kommt und man damit nichts zu tun hat. Grundsätzlich möchte man mit der hohen Ebene unter dem Sammelbegriff der Politik an sich nichts zu tun haben.¹⁶ Deshalb sieht man auch nur wenige Möglichkeiten und ist kaum motiviert, Politik als Ganzes zu beeinflussen und sich zu engagieren.¹⁷

Auch politisch Aktive auf kommunaler oder Landesebene scheinen überwiegend nicht im Bewusstsein der Befragten zu sein. Denn die vor Ort in politischen Organisationen wie Parteien oder Gewerkschaften Aktiven sind in der Regel nicht persönlich bekannt. Sie scheinen anderen Kontaktkreisen und fernen Lebenswelten anzugehören. Die Multiplikatoren, die für diese Formen von Beteiligung werben könnten, bewegen sich entweder außerhalb der in Frage kommenden Orte oder besitzen nicht die Strahlkraft, um auf diesen Personenkreis einzuwirken. Die Distanz zu sozialen Kontaktkreisen mit im weitesten Sinne politisch Tätigen erklärt zum Teil die negative Wahrnehmung der Befragten.

16 Vgl. auch die Ergebnisse einer in Kooperation von Prof. Franz Walter mit dem Heidelberger Sinus-Institut entstandenen Studie zum Prekariat in der Bundesrepublik. Walter, Franz: Fatale Furcht ergreift die ewigen Verlierer, in: *Spiegel online*, 02.04.2009, online verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,616392,00.html>; sowie Ders.: Wieso die kleinen Leute verbittert sind, in: *Spiegel online*, 07.04.2009, verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,617625,00.html> (beide zuletzt eingesehen am 04.12.2010).

17 Dies deckt sich mit thematisch verwandten Untersuchungsbefunden: „Während besonders die Oberschicht, aber auch die Mehrheit der Mittelschicht die Bürger in der Verantwortung dafür sehen, wie sich das Land entwickelt, sind die unteren Sozialschichten mit großer Mehrheit überzeugt, dass die Bürger von dieser Verantwortung frei sind, da sie ohnehin nichts ausrichten könnten, 57 Prozent der Unterschicht vertreten diese Position.“ Vgl. Köcher: Statusfatalismus.

Wenn persönlich niemand bekannt ist, der politisch aktiv ist und ein Beispiel dafür darstellt, dass Politik auch vor Ort und durch eigene Beteiligung geschieht, so kann sich diese Sicht nur schwerlich verändern. Die kommunale Ebene der Politik wird außerhalb von Wahlkampfzeiten praktisch kaum mehr wahrgenommen. Der Organisationsgrad und damit die Sichtbarkeit der Ortsverbände sinken konstant und führen zu „politisch verwaisten“ Quartieren, die nicht selten den von uns untersuchten Problembezirken entsprechen. Im Sichtbarwerden und der aktiven Stärkung der kommunalen politischen Strukturen wie Stadträten und Ortsvereinen der Parteien könnten wichtige Anknüpfungspunkte liegen, die Kontakthemmschwelle der „Unterschicht“ mit der aktiven Politik zu senken.

Die enge Auslegung des Begriffs Politik durch die Befragten stellt somit einen möglichen Erklärungsansatz für die als gering wahrgenommenen eigenen Beteiligungsmöglichkeiten dar – trotz des bestehenden, intensiven Ausbaus der tatsächlichen Beteiligungsmöglichkeiten im Viertel. Die Befragung der Teilnehmer erfolgte mit dem Fokus auf „Politik“ und Beteiligung im Kontext der „Bürger“ und der „Bürgergesellschaft“. Womöglich tragen jedoch einige vorhandene Teilnehmungswege, etwa die „Runden Tische“ oder Bürgerbefragungen, keineswegs den Charakter des „Politischen“. Informelle Bürgertreffen zu Kaffeemittagen im Stadtteil- oder Nachbarschaftszentrum zum Beispiel ähneln womöglich kaum dem klischeehaften Bild, das einige Befragte von Politik offenbaren. Auch mögliche individuelle Kanäle eigener Partizipation (z.B. das Mitmachen bei einer Unterschriftenaktion, Demonstration oder an einer Umfrage) scheinen wiederum nach der Wahrnehmung der Befragten nicht unter Politik oder Gestaltungsmöglichkeiten zu fallen.

Die Beurteilung von Parteien und auch Gewerkschaften hängt häufig davon ab, inwieweit diese ein Gefühl vermitteln können, zur Verbesserung der eigenen Lebenslage beizutragen.

„Wenn ich jetzt zum Beispiel etwas verändern will – ich sag’ jetzt mal bei Hartz IV oder sonst dergleichen, was mich vielleicht auch betrifft –, dann würde ich einfach versuchen, auch mal irgendwelche Politiker direkt anzuschreiben und [...] würde in die Medien gehen und das einfach mal darstellen, um das Gefühl zu haben, ich könnte dadurch auch was verändern.“

„Ich habe nur Nutzen aus der Gewerkschaft gezogen. [...] Die Gewerkschaft hat mir ganz mächtig viel geholfen.“

„Also, ohne Geld geht's nicht, man muss schon auf die Straße gehen, um was zu erreichen, anders ist es nicht mehr möglich. Dafür gibt's jetzt die Verdi, die sich dafür einsetzt, dass andere Menschen mehr Geld bekommen, also finde ich stark, dass man so was als Arbeitsrat oder als Arbeitsbeirat hat.“

Dass die persönliche Sphäre, vor allem das eigene alltägliche Leben im Viertel, von politischen Entscheidungen beeinflusst wird – also der passiven Beeinflussung durch Politik –, ist man sich dann sehr bewusst, wenn die eigenen alltäglichen Bereiche betroffen sind. Dies bezieht sich insbesondere auf die Gestaltung der öffentlichen Infrastruktur vor Ort (z.B. Spielplätze), was sich sehr deutlich an der häufig geäußerten Empörung und Kritik erkennen lässt.

„Also, die haben letztes Jahr den Spielplatz [gebaut]. Grone hat so viel Geld ausgegeben für diesen Spielplatz und da haben die diesen, später auch den größten Scheiß hingebaut.“

Dabei gibt es häufig eine klare Vorstellung von dem „richtigen“ Vorgehen. In Bezug auf die Spielplatzsanierung wird die mangelnde Planung bei der Vorgehensweise kritisiert:

„Die konzentrieren sich hier in Grone meistens auf einen Spielplatz, dann machen die den so perfekt, und dann außen rum ist dann vielleicht eine Rutsche, da eine Wippe und das war's; [...] statt, sagen wir mal, die Spielsachen zu verteilen.“

Mitunter gibt es durchaus Vorstellungen von Einflussmöglichkeiten, auch politischer Natur, etwa durch Briefe an die Rathäuser/öffentlichen Verwaltungen oder – vereinzelt, wenn auch vage – über eine Partei.

„[Ich] hatte mich dann mit dem Mann unterhalten, dann meinte er so, ich sollte 'nen schriftlichen Antrag stellen. [...] Naja gut, Antrag gestellt und es wurde echt was gemacht. Sie haben den Belag mal wieder repariert.“

Oder es werden individuelle Lösungswege genannt:

„Ich könnte mir das ganz einfach machen. Ich würde das Internet einschalten und würde das da schon rausfinden.“

Es finden sich deshalb auch etliche Hinweise auf die Fähigkeit der Befragten, Anlaufstellen zu identifizieren und sich für die eigenen Belange einzusetzen, gerade in Bezug auf Wohnbelange. Der Eindruck einer gänzlich passiven, die Lebenssituation lediglich resignativ ertragenden Bevölkerungsschicht wird vielfach gebrochen.

Insofern ist die Beteiligung gerade bei infrastrukturellen Ausbesserungen und Veränderungen im Quartier wichtig, weil Eingriffe in diese Orte des alltäglichen Lebens – selbst wenn sie „gut gemeint“ sind und in der Tat Verbesserungen darstellen – häufig ausschließlich als „Eingriffe“ wahrgenommen werden.¹⁸ Diese Beteiligung muss jedoch häufig von außen ange-regt werden.

4.5.4 Wohnungsbaugesellschaften als zentrale Ansprechpartner

In allen von uns untersuchten Stadtteilen wendet man sich bei Problemen vor Ort häufig an die Wohnungsgenossenschaften, die offenbar als „neutra-le“ Ansprechpartner für Probleme wahrgenommen werden.

Trotz überwiegender relativer Zufriedenheit mit dem Viertel an sich werden häufig Probleme bei der baulichen Infrastruktur genannt und Ver-besserungen gewünscht. Hier sind natürlicherweise die Wohnungsbauge-nossenschaften oder Wohnungsverwalter die ersten direkten Ansprechpart-ner. Doch vielfach wird ihnen auch eine höhere Bedeutung beigemessen, als ausschließlich für Wohnbelange zuständig zu sein.

18 Gleichwohl muss an dieser Stelle betont werden, dass das Programm „Soziale Stadt“ eine hohe Bürgerbeteiligung vorsieht. Die Beteiligung der Bürger stellt zudem auch ein zentrales Gütekriterium des Quartiersmanagements dar. Auch in den von uns untersuchten Stadtteilen wurden die Planungsanstrengungen der Städte häufig von ausgedehnten Beteiligungsangeboten begleitet. An dieser Stel-le müsste deswegen reflektiert und untersucht werden, warum mitunter der Ein-druck der mangelhaften Einbindung entsteht, um diesem in Zukunft Abhilfe zu schaffen.

Bisweilen dominierte in den Gesprächen ein interessanter Gegensatz aus theoretischen Möglichkeiten und praktischen Handlungen zur Veränderung der Lage. So existiert mitunter sehr wohl eine Vorstellung davon, an wen man sich konkret bei Problemen vor Ort wenden kann. Und in Bezug auf das Problemfeld Wohnen wird auch zur Tat geschritten und Initiative ergriffen. Die Bereitschaft sich zu beschweren bzw. zu engagieren scheint in Bezug auf die Wohnsituation deutlich höher zu sein als in anderen Angelegenheiten. Besonders in Grünau gab es eine Vielzahl von Aussagen zu dortigen Miet- und Nebenkostenerhöhungen, welche dazu führten, dass Teilnehmer sich beschwerten.

„Ja, ich habe mehrere im Haus gefragt, was jeder bezahlt, [...] es geht um's Prinzip. [...] Bin zwar bis zum Vorsitzenden gekommen von der Genossenschaft. Der hat mich geworben als Mietervertreter, aber konnte auch nicht sagen, dass es runter geht mit der Miete, sondern die haben gesagt, es gibt sehr viel Leerstand auch in Grünau und bauliche Maßnahmen und durch den Leerstand belastet, [...] sie müssen die Miete dadurch geringfügig erhöhen.“

„Bei der letzten Mieterhöhung habe ich echt in ganz vielen Wohnungen geklingelt und mir das zeigen lassen und aufgeschrieben und ausgerechnet, wie viel jeder Grundmiete zahlt und bin damit zur Genossenschaft. Habe auch eine Kleinigkeit erreicht damit, weil ich das nicht eingesehen habe, dass das so unterschiedlich war. [...] Ich habe mir das ganz genau in Tabellenform ausgerechnet und gesagt: „Ich geh' zum Anwalt!“

Gut funktionierende informelle Strukturen, so wird es wahrgenommen, erwachsen auch und vor allem aus einem Primärengagement seitens der Wohnungsverwaltung.

„Das war vor Jahren mal ganz down, kaputt, da war nichts mehr und das hat die GWH dann alles wieder zum Leben erweckt. [...] Der Brückenhof sah vor 10 Jahren nicht mehr so gut aus, das ist in den letzten Jahren alles wieder schön aufpoliert worden.“

Zudem werden die Wohnungsgenossenschaften stark für die Situation in den Vierteln verantwortlich gemacht, zum Beispiel, weil sie die Bildung von kulturellen oder nationalen „Grüppchen“ oder Monosiedlungen gezielt

fördern würden. Bei dem häufig geäußerten Wunsch nach mehr „Multi-kulti“ sieht man so auch stark die Wohngesellschaften in der Verantwortung. Aus diesen Gründen sind sie es häufig – und nicht etwa kommunale Politiker oder städtische Akteure –, die als zentrale Ansprechpartner für Probleme im Viertel, gar für Probleme im „Allgemeinen“ wahrgenommen werden.